



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

13. Jahrgang · Heft 11

November 1961

Aufsätze: Geschlossene Fürsorge 1960
Mischfuttermittelverwendung
Wasserversorgung Industrie 1959
Studierende in Kiel

Kurzberichte: Brandschäden 1960
Güterverkehr Eisenbahnen

Graphik des Monats: Bevölkerungszahlen
in den kommenden zehn Jahren

INDUSTRIELAND — AGRARLAND

Anteil der Bereiche

an allen
Erwerbstätigen



Industrie
und Handwerk

Handel
und Verkehr

Land-
wirtschaft

an der
Wertschöpfung



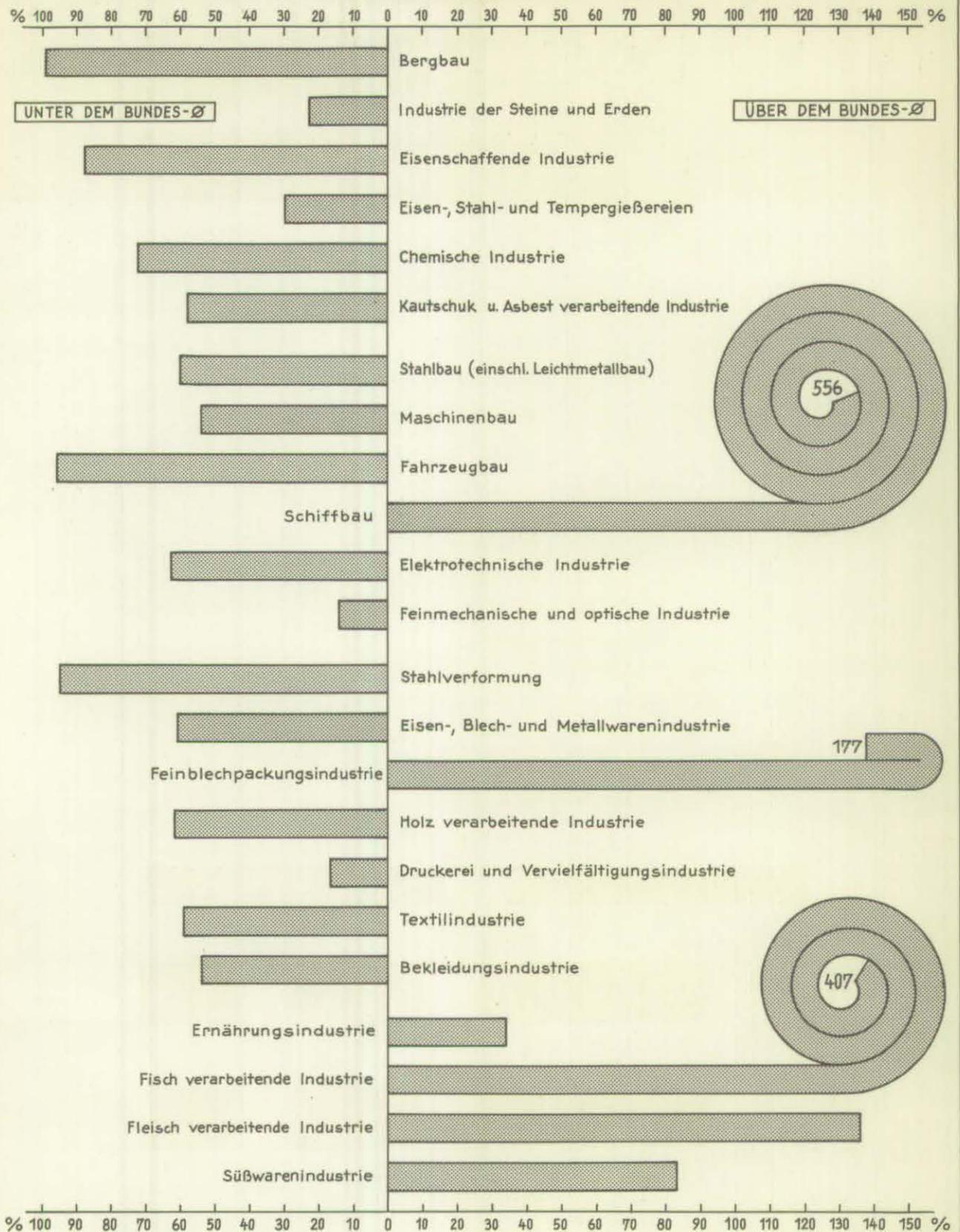
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE BESCHÄFTIGTEN DER WICHTIGSTEN INDUSTRIEZWEIGE JE 1000 EINWOHNER AM 30. 9. 1960

ABWEICHUNGEN SCHLESWIG-HOLSTEINS VOM BUNDES-GEBIET IN %



I N H A L T

11/61

Die Beschäftigten der wichtigsten Industriezweige (Abweichungen Schleswig-Holsteins vom Bundesgebiet)	2. Umschlagseite
Aktuelle Auslese	241
Aus dem Inhalt	242-243
Aufsätze	
Die Struktur der geschlossenen Fürsorge 1960	244-249
Mischfuttermittelverwendung in Schleswig-Holstein	249-253
Die Wasserversorgung der Industrie 1959	253-260
Studierende an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel	260-262
Kurzberichte	
Feuerwehr und Brandschäden 1960	262-263
Der Güterverkehr auf den Eisenbahnen 1958	263-264
Graphik des Monats	256-257
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel.	81*
Kreiszahlen	87*
Schleswig-Holstein im Bund	88*
Wirtschaftskurven A - allgemein -	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 6/1961

Kredite und Einlagen 1960
Kapitalgesellschaften
Viehbestände 1960
Soziale Krankenversicherung

Ausländer in Schleswig-Holstein
Akademische Prüfungen
Industriebeschäftigte
Bauspargeschäft 1958 bis 1960
Öffentliche Straßenverkehrsmittel

Heft 7/1961

Güterverkehr auf dem Wasserwege
Steueraufkommen in Schleswig-Holstein
Lastenausgleich in Schleswig-Holstein
Milchwirtschaft 1960
Angestelltenversicherung

Verkehr der Bundesbahn
Die Berufsschüler

Heft 8/1961

Binnenschiffe in Schleswig-Holstein
Stand der Vorausberechnungen
Todesursachen 1959
Öffentliche Verschuldung
Boden- und Kommunalkreditinstitute
Grundstücks- und Schiffshypotheken

Heft 9/1961

Gewerbesteuer 1958
Ausfuhr 1959
Eierwirtschaft 1960
Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel
Krankenanstalten 1959

Anbau auf dem Ackerland 1961
Landesberufsschulen

Heft 10/1961

Bundestagswahlen
Erwerbstätigkeit
Tuberkulose 1960
Die Qualität der Wohnungen
Fremdenverkehr im Sommer 1960
Spareinlagen 1950-1960
Geburtenhäufigkeit und Fruchtbarkeit

Versorgungsberechtigte Kriegssopfer
Filmtheater



STATISTISCHE MONATSHEFTE

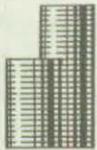
SCHLESWIG-HOLSTEIN

13. Jahrgang · Heft 11

November 1961

Aktuelle Auslese

JEDE ZEHNTE WOHNUNG VOM MIETER MITFINANZIERT



Für jede zehnte Mietwohnung, die in die 1%-Wohnungsstichprobe vom Frühjahr 1960 einbezogen wurde, ist sowohl im Bundesgebiet als auch in Schleswig-Holstein beim Abschluß des Mietvertrages vom Mieter ein finanzieller Beitrag geleistet worden. Dabei handelte es sich überwiegend um Baukostenzuschüsse, und zwar zu rund 75% in Schleswig-Holstein und zu 65% im Bund. Mietvorauszahlungen bzw. Mieterdarlehen sind im Bund (25%) häufiger gefordert worden als in Schleswig-Holstein (20%).

Wegen der verhältnismäßig hohen Zahl von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein lag auch der Anteil der Mietwohnungen, für die ein Aufbaudarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz gewährt worden ist, hier (14%) etwas höher als im Bundesgebiet (11%).

120 000 ARBEITNEHMER IM ÖFFENTLICHEN DIENST



In Schleswig-Holstein arbeiteten Anfang Oktober 1960 insgesamt 119 933 Bedienstete für die Dienststellen des Bundes¹, des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände und ihrer wirtschaftlichen Unternehmen. Von den Beschäftigten waren 47 071 Beamte, 35 970 Angestellte und 36 892 Arbeiter.

Den größten Anteil an der Zahl der Beschäftigten hatten mit 41% die Bundesbehörden und -betriebe. Es folgten die Landesverwaltung mit 31% und die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 22%. In den wirtschaftlichen Unternehmen wurden 7% der Bediensteten beschäftigt.

¹) einschließlich Bundesbahn und -post, aber ohne Bundeswehr und -grenzschutz

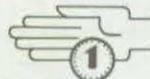
Von den 36 700 Bediensteten der Landesverwaltung waren 11 600 als Lehrer tätig, 4 700 gehörten zur Polizei und 3 100 arbeiteten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften.

UNTERDURCHSCHNITTLICHE OBSTERNTE 1961



Die diesjährige Obsternte war nur etwa halb so groß wie die Rekord-ernte des Jahres 1960. Die Apfel-ernte blieb mit rund 511 000 dz um fast 30% und die Birnenernte mit rund 70 000 dz um gut 40% unter dem Durchschnitt der Jahre 1955/60. Obgleich beim Steinobst die Erntemengen des Jahres 1960 ebenfalls nicht erreicht wurden, war die Ernte - besonders bei Pflaumen und Zwetschen - doch überdurchschnittlich hoch.

GERINGERES GEMEINDE- STEUERAUFKOMMEN



Im dritten Vierteljahr 1961 wurden in Schleswig-Holstein 546 Mill. DM an Landes- und Bundessteuern eingenommen. Die Landessteuern erhöhten sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1960 um 23% und die Bundessteuern um 9%.

Im 3. Vierteljahr 1961 wurden fast 84 Mill. DM an Gemeindesteuern eingenommen. Damit waren die Einnahmen um 1,2 Mill. DM (- 1,4%) niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, die bisher stets den größten Anteil an den Einnahmesteigerungen hatte, blieb um 2,8 Mill. DM (- 5,2%) unter den Einnahmen des gleichen Zeitraumes im Jahre 1960; dieser Ausfall beschränkt sich ausschließlich auf die kreisangehörigen Gemeinden.

Aus dem Inhalt

Geschlossene Fürsorge 1960

Seite 244

Unter den Personen, die sich 1960 in Schleswig-Holstein in Anstaltsfürsorge befanden, waren 49% Geistesranke, Geistesschwache und Epileptiker. Die nächst größte Personengruppe waren die "anderen Personen" (37%). Zu dieser Gruppe gehörten vor allem Minderjährige und alte Menschen. Der Grund ihrer Unterbringung hat zumindest überwiegend in Verwaisung, in ungünstigen Familienverhältnissen oder in Vereinsamung oder Pflegebedürftigkeit im Alter gelegen. - Von den betreuten Personen waren 54% weiblich und 46% männlich. In fast allen Personengruppen überwog das weibliche Geschlecht. So zum Beispiel bei den Geistesranken mit 52% und bei den Blinden, Sehschwachen, Taubstummen usw. mit 66%. Lediglich bei den Tbc-Kranken und -Genesenen waren die Männer stärker vertreten als die Frauen. - Die Minderjährigen waren am gesamten Personenbestand der geschlossenen Fürsorge mit 35% beteiligt, die Personen im erwerbsfähigen Alter mit 39% und die über 65jährigen mit 26%. Somit waren sowohl die Minderjährigen als auch die alten Leute stärker in der Anstaltsbevölkerung vertreten als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach. Außerdem nimmt offenbar der Anteil der Frauen mit steigendem Alter unter den Betreuten ausgeprägter zu als in der Bevölkerung. - Über sieben Zehntel der Betreuten waren ledig, noch nicht ein Zehntel verheiratet, zwei Zehntel verwitwet und geschieden. Für die Bevölkerung des Landes lagen die entsprechenden Anteile bei 41, 47 und 12%. - Von den durch die geschlossene Fürsorge betreuten Personen hatten 39% kein Einkommen, oder die Einkommensfrage war noch nicht geklärt; bei diesem Teil der Betreuten gingen also die gesamten Anstaltskosten zu Lasten der öffentlichen Fürsorge. Relativ mehr Frauen als Männer waren ohne Einkommen. Beinahe die Hälfte der Geistesranken und fast alle Tbc-Kranken und -Genesenen waren ohne Einkommen. Soweit Einkommen bei den Betreuten vorhanden war, stammte es vor allem aus Sozialrenten und von Unterhaltspflichtigen. - Nur sechs Zehntel der Personen in Anstaltsfürsorge waren Kranken- oder Rentenversicherte bzw. mitversicherte Familienangehörige. Vier Zehntel waren in keiner derartigen Versicherung. Bei sämtlichen versicherten Personen lagen Gründe vor, die die Leistungen der Kranken- bzw. Rentenversicherung teilweise oder ganz ausschlossen. - Annähernd zwei Drittel der betreuten Personen befanden sich in "Pflege" und nur 7% in "Heilbehandlung", wobei die hier verwendeten Begriffe Pflege und Heilbehandlung von den ärztlichen und fürsorgerischen abweichen. Die Aufgliederung der Pflegefälle zeigt, daß es sich in der Hauptsache um Geistesranke, Geistesschwache und Epileptiker handelte und daß mit Abstand die alten und siechen Leute und wiederum mit Abstand Kinder dazugehörten. Die Hälfte der Heilbehandlungsfälle betraf Nerven- und Geistesranke.

Mischfuttermittelverwendung

Seite 249

In Schleswig-Holstein hat sich die Mischfuttermittelherstellung von 1950/51 bis 1959/60 verneunfacht. Sie ist innerhalb eines Jahrzehnts von 67 000 t auf 600 000 t gestiegen. Die Zufuhren aus anderen Bundesländern sind von 28 000 t im Jahre 1952/53 auf rund 120 000 t im Jahre 1959/60 angewachsen, während von Schleswig-Holstein praktisch kein Mischfuttermittel in andere Bundesländer geliefert wird. Die zunehmende Arbeitskraftverknappung in der Landwirtschaft und die Preisentwicklung für tierische Erzeugnisse sind die Hauptgründe dafür, daß der Mischfuttermittelverbrauch im abgelaufenen Jahrzehnt außerordentlich zugenommen hat. - Faßt man die Ergebnisse über den Mischfuttermittelverbrauch je Tier zusammen, so ergibt sich, daß bei den wichtigsten Tierarten das Mischfuttermittel auf Kosten anderer Futtermittel an Boden gewonnen hat. Da die Gründe, die diese Entwicklung verursachten, voraussichtlich auch in den nächsten Jahren wirksam bleiben, ist mit einer weiteren Zunahme des Mischfutters zu rechnen, zumal eine weitere Vermehrung der Tierbestände wahrscheinlich ist.

Wasserversorgung Industrie 1959

Seite 253

Das gesamte Wasseraufkommen bei den Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten hat im Jahre 1959 in Schleswig-Holstein 104 Mill. cbm betragen; das sind nur 4 Mill. cbm Wasser mehr als 1957. Vom Gesamtaufkommen entfielen 76% auf die allgemeine Industrie und 24% auf die Nahrungs- und Genussmittelindustrie. - Die Hälfte des gesamten Wasseraufkommens wurde durch Eigenförderung aus Grundwasser und Quellen, etwa 42% aus Flüssen, Seen und Teichen gewonnen und der Rest durch Fremdbezug gedeckt. Die Veränderung der Anteile der einzelnen Wasserherkunftsarten bewegt sich nur in verhältnismäßig engen Grenzen. - 71% des gesamten Wasseraufkommens wurden von acht Industriezweigen verbraucht, und zwar Papiererzeugung, Steine/Erden, Hochofenwerke, chemische Industrie, Molkereien und Käsereien, Schiffbau, Mineralölverarbeitung und Süßwarenindustrie. - Die 1959 genutzte Wassermenge betrug fast 94 Mill. cbm. Über die Hälfte davon entfielen auf die Nutzung als Kühlwasser, über ein Drittel auf die Nutzung als sonstiges Fabrikationswasser. - Von den 1 472 Betrieben in Schleswig-Holstein, die Wasser verbrauchten, arbeiteten 83 mit Kreislaufwasser. Der weitaus größte Teil der im Kreislauf jährlich genutzten Wassermenge wird als Kühlwasser verwendet. Hiervon entfielen 1959 allein auf die drei Industriezweige Mineralölverarbeitung, Hochofenwerke und Papiererzeugung zusammen 87%.

Im Wintersemester 1960/61 waren an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel 5 025 Studenten (ohne Beurlaubte und Gasthörer) immatrikuliert. So hoch ist die Studentenzahl bisher in keinem Wintersemester gewesen. Von den Studenten waren 4 538 Deutsche und 487 Ausländer. - Von den deutschen Studenten hatten fast zwei Drittel ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein; 22% waren sogar in Kiel zu Hause. - Fast die Hälfte der Studenten war noch keine 23 Jahre alt, nur knapp 5% waren verheiratet. Bei den meisten Studenten bezahlten die Eltern das Studium. - Von den 487 ausländischen Studenten gehörten 369 zur Medizinischen Fakultät. Fast ein Drittel der ausländischen Studenten kam aus Norwegen. - Zur Philosophischen Fakultät zählte ungefähr die Hälfte der Studenten der Universität. Von den deutschen Studenten dieser Fakultät hatten rund 60% als Berufsziel "Lehrer an einer höheren Schule" angegeben. - Die Medizinische Fakultät umfaßte ein Viertel aller Studenten. Von den deutschen Medizinstudenten erstrebten 30% eine Ausbildung als Facharzt. - Die drittgrößte Fakultät ist die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät. Zu ihr gehörten im Winter 1960/61 1 135 Studenten, von denen 715 Rechtswissenschaften und 420 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studierten.

Brandschäden 1960

Seite 262

Im Jahre 1960 wurden von den Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein 1 437 Brände gemeldet. Davon waren 756 Gebäudebrände,

71 betrafen Kraftfahrzeuge, 18 Schiffe und siebenmal waren Wohn- und Erntewagen in Brand geraten. In 585 Fällen mußte die Feuerwehr bei Bränden auf Freiflächen eingreifen. Der Brandschaden im Jahre 1960 wurde auf rund 13 Mill. DM geschätzt.

Güterverkehr Eisenbahnen

Seite 263

An der von den Verkehrsträgern in Schleswig-Holstein 1958 insgesamt transportierten Gütermenge war die Eisenbahn mit 41% beteiligt. Sie beförderte etwas über 9 Mill. t Güter. Davon entfielen auf den Verkehr innerhalb Schleswig-Holsteins 1,5 Mill. t, auf den Versand nach außerhalb Schleswig-Holsteins 2,1 Mill. t und auf den Empfang von außerhalb Schleswig-Holsteins 5,6 Mill. t Güter. - Im Gegensatz zu der Entwicklung im Bundesgebiet ist in Schleswig-Holstein schon seit 1957 ein Rückgang der beförderten Gütermenge festzustellen. Hiervon wurde ausschließlich der Empfang betroffen, während die versandte Gütermenge sich auch weiterhin etwa auf der gleichen Höhe bewegte. Der Verkehr innerhalb Schleswig-Holsteins hat sogar in den letzten Jahren noch etwas zugenommen. - Die beiden Gütergruppen "Mineralöle und Mineralölderivate" und "Dienstgut- und Militärverkehr" machten 1958 bereits über drei Fünftel der Gütermenge im Verkehr innerhalb des Landes aus. Auch im Verkehr mit den Bereichen außerhalb des Landes standen diese beiden Gruppen im Vordergrund, zu denen als dritte noch die Kohlen kamen. - Der Empfang ist in den letzten zwei Jahren um etwa eine halbe Mill. t zurückgegangen. Dies ist in erster Linie auf den Rückgang der Kohlelieferungen zurückzuführen.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Landkreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Die Struktur der geschlossenen Fürsorge 1960

Jahres- und Zusatzstatistik der geschlossenen Fürsorge

Die laufende Statistik der geschlossenen Fürsorge stellt ihrer Anlage nach einen jährlichen Leistungsbericht der Anstaltsfürsorge dar. Für die einzelnen Kostenträger - in Schleswig-Holstein sind es die Bezirksfürsorgeverbände der 17 Landkreise und 4 kreisfreien Städte sowie der Landesfürsorgeverband - werden die Ausgaben und die geleisteten Verpflegungstage ausgewiesen. Bei dieser Gelegenheit ergibt sich nahezu beiläufig die Zahl der am Stichtag in Anstaltsfürsorge untergebrachten Personen sowie ihr Zu- und Abgang im jeweiligen Rechnungsjahr, die Fluktuation.

Demgegenüber stellt die Zusatzstatistik 1960 erstmalig den hilfsbedürftigen Menschen, soweit er sich in Anstaltsfürsorge befindet, in den Mittelpunkt der Betrachtung und bringt detaillierte Angaben über seine Einkommens- und Versicherungsverhältnisse, über die angewandten Fürsorgemaßnahmen und über die Dauer der Unterbringung. Der Personenkreis wird nach Art und Ursache der Hilfsbedürftigkeit sowie nach Geschlecht, Alter und Familienstand gegliedert.

Die im folgenden gebrachten Zahlen entstammen dieser Zusatzstatistik 1960, die in Schleswig-Holstein knapp 1 000 Personen einbezog.

Die Personengruppen

Die statistische Aufgliederung der Betreuten nach Personengruppen, aus denen sich die Art und Ursache der Hilfsbedürftigkeit bis zu einem gewissen Grade erkennen läßt, ist neu, so naheliegend sie auch von der Sache her gesehen sein mag. Bisher ließen sich derartige Erkenntnisse nur annähernd richtig auf dem Umweg über die jeweilige Anstalt gewinnen. Während z. B. die Jahresstatistik aussagte, daß 39% der Betreuten in Anstalten für Geistesranke untergebracht waren, die Frage nach der Gesamtzahl der Geistesranke in Anstaltsfürsorge jedoch offenließ, sagt die Zusatzstatistik präzise aus, daß es 49% geistesranke Betreute gab und daß 10% nicht in Anstalten für Geistesranke untergebracht waren.

Die Geistesranke, Geistesschwachen und Epileptiker mit 49% bildeten die stärkste Personengruppe. Die nächstgrößte Personengruppe sind die "anderen Personen" (37%). Unter diesen Personen befand sich nur eine werdende Mutter oder Wöchnerin und zwei nichtseßhafte weibliche Personen. Die "anderen Personen" im engeren Sinne gliederten sich nach dem Alter in 64% Minderjährige, 6% zwischen 21 und

65 Jahren und 30% über 65 Jahre alte Personen. Man kann daraus entnehmen, daß der Grund ihrer Unterbringung zumindest überwiegend in Verwaisung, in ungünstigen familiären Verhältnissen oder in Vereinsamung oder Pflegebedürftigkeit im Alter gelegen hat. Aus welcher Veranlassung die mittlere Altersklasse dieser Personengruppe untergebracht war, läßt sich nicht aus der Merkmalskombination Personengruppe/Alter erkennen, doch zeigt die Tabelle über die Fürsorgemaßnahmen, daß eine Person in Heilbehandlung und die übrigen zur Erholung und Kur weilten.

Ein Blick auf die Ergebnisse der laufenden Fürsorgestatistik in den letzten Jahren zeigt, daß in Schleswig-Holstein die Geistesranke immer das Hauptkontingent der Betreuten gestellt haben, was nicht in allen Bundesländern der Fall ist. In Nordrhein-Westfalen z. B. bildeten am 31. 3. 1960 die "anderen Personen" mit 48% die stärkste Personengruppe, während die Geistesranke nur 38% ausmachten. Die Ursachen dafür, daß in Schleswig-Holstein die Gruppe der "anderen Personen" zurücktritt, mögen vielfältig sein; eine dürfte aber die größere Verbreitung der Groß- oder Drei-Generationen-Familie sein, in der auch die alten Menschen einen Platz haben und die sie vor der Fürsorge bewahrt.

Männliche und weibliche Betreute

Von den in Anstaltsfürsorge betreuten Personen waren 54% weiblich und 46% männlich. Unter den Geistesranke, Geistesschwachen und Epileptikern überwogen die weiblichen Personen mit 52%. Von der Gruppe der Blinden und Sehschwachen, der Taubstummen, Hör- und Sehgeschädigten, der Körper- und sonstigen Behinderten waren 66% weiblichen Geschlechts.

Tab. 1
Personengruppe und Geschlecht der untergebrachten Personen

Personengruppe	Insgesamt in % aller Unter- gebrachten	Männlich in % der Gruppe
Geistesranke, Geistesschwache, Epileptiker	49,4	48,0
Blinde, Sehschwache; Taubstumme, Hör- und Sprach- geschädigte; Körperbehinderte nach dem KBG; sonstige Behinderte	8,5	34,1
Tbc-Kranke und-Genesene	2,3	63,6
Suchtkranke; sonstige Kranke	2,8	18,5
Werdende Mütter, Wöchnerinnen; Nichtseßhafte; andere Personen	37,0	47,4
Insgesamt	100	46,1

In der Gruppe der "sonstigen Kranken" überwog das weibliche Geschlecht sogar mit 81%. Suchtkranke wurden nicht erfaßt, was ein Zufall der Stichprobe sein mag. Auch von den werdenden Müttern, Wöchnerinnen, Nichtseßhaften und "anderen Personen", welche letztere Gruppe die alten Leute in Alters- und Pflegeheimen, Mütter in Müttergenesungsheimen, Säuglinge, Kinder und gefährdete Jugendliche in den entsprechenden Heimen umfaßt, war die Mehrzahl (53%) weiblich. Lediglich bei den Tbc-Kranken und -Genesenen waren die männlichen Personen mit 64% stärker als die weiblichen vertreten.

Das Alter der Betreuten

Die Minderjährigen waren am gesamten Personenbestand der geschlossenen Fürsorge mit 35% beteiligt, die Personen im erwerbsfähigen Alter mit 39% und die über 65 Jahre alten, also normalerweise nicht mehr erwerbstätigen, mit 26%. Unter den Minderjährigen waren die Altersklassen unter 7 Jahre, 7 bis 14 und 14 bis 21 Jahre ungefähr gleich groß. Bei den Geisteskranken, den Blinden, Hör- und Sprachgeschädigten und den Behinderten war der Anteil der unter 7 Jahre alten Kinder allerdings sehr viel kleiner als jeder der beiden anderen Anteile, dagegen trat ihr Anteil stark in der Personengruppe "andere Personen" hervor, die u. a. die Pfleglinge in Säuglings- und Kinderheimen umfaßt. Unter diesen befanden sich fast doppelt so viele Knaben wie Mädchen. Die kranken und behinderten Kinder werden eben solange wie möglich bei den Eltern behalten, den "anderen" Kindern fehlen häufig schon von klein auf Familie und Heim. In dem großen Kontingent der Minderjährigen waren neben den Geisteskranken (24%) die "anderen Personen" stark (67%) vertreten. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die in Lehrlings- und Jugendwohnheimen sowie Erzieh- und Bewahrheimen untergebrachten Kinder und Jugendlichen. Die übrigen Personengruppen spielten nur eine untergeordnete Rolle. Der Anteil des männlichen Geschlechts an der Gesamtheit der Minderjährigen war mit 59% groß.

Bei den älteren Personen überwog dagegen das weibliche Geschlecht, und zwar befanden sich unter den über 65jährigen fast zweieinhalbmal

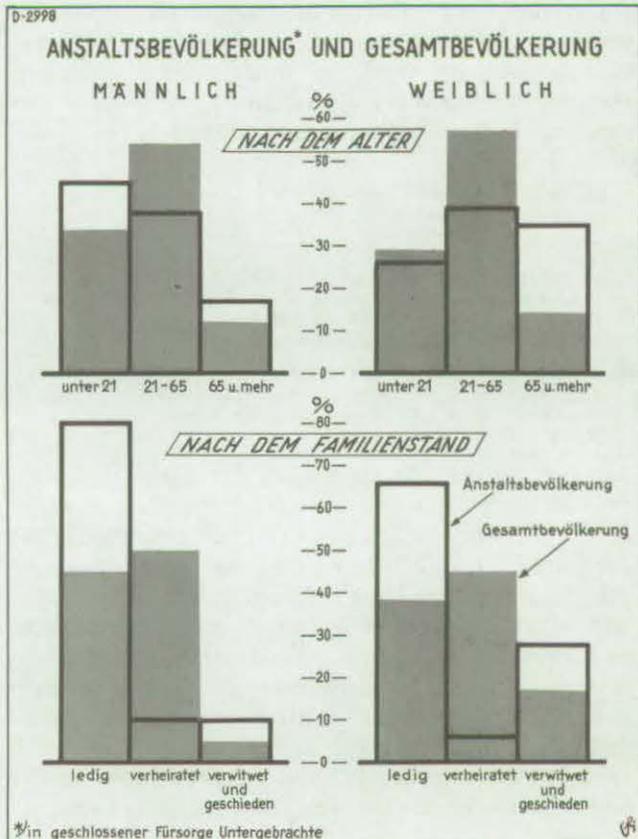
soviel Frauen wie Männer. Im ganzen nahm mit zunehmendem Alter der Anteil der Frauen zu.

Aufschlußreich ist ein Vergleich der Altersklassen der Betreuten mit denen der Gesamtbevölkerung Schleswig-Holsteins (siehe Abb.).

Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter war bei der Gesamtbevölkerung sehr viel größer als bei der Anstaltsbevölkerung. Dafür gab es hier relativ mehr Minderjährige, und die über 65jährigen waren unter den Betreuten sogar doppelt so stark vertreten. Außerdem nimmt offenbar der Anteil der Frauen mit steigendem Alter unter den Betreuten ausgeprägter zu als in der Bevölkerung. Bei alten Frauen treten häufiger Umstände auf, die ein Eintreten der Fürsorge notwendig machen als bei alten Männern, was zum Teil in der unterschiedlichen Höhe der Versicherungsleistung bei Rentnern und Witwen begründet sein dürfte.

Familienstand der Betreuten

Über sieben Zehntel der Betreuten waren ledig, noch nicht ein Zehntel verheiratet, zwei Zehntel verwitwet und geschieden. Für die Bevölkerung Schleswig-Holsteins lagen die entsprechenden Anteile bei 41, 47 und 12%. Es fällt also bei den anstaltsbetreuten Personen der sehr viel höhere Anteil der Ledigen und verheiratet Gewesenen und der wesentlich niedrigere Prozentsatz der Verheirateten auf. Bei den



Tab. 2 Alter und Geschlecht der untergebrachten Personen

Alter	Insgesamt in % aller Untergebrachten	Männlich in % der Gruppe
unter 7 Jahre	12,2	61,9
7 bis unter 14 Jahre	11,8	59,6
14 " " 21 "	11,1	56,5
21 " " 45 "	18,4	52,8
45 " " 65 "	20,3	39,1
65 und mehr Jahre	26,2	29,1

Ledigen waren männliche und weibliche Personen gleich stark vertreten, dagegen gab es mehr verheiratete Männer als Frauen und sehr viel mehr verwitwete und geschiedene Frauen als Männer.

Die Geisteskranken waren überwiegend unverheiratet, der Anteil der Ledigen betrug hier 74% gegenüber 10% Verheirateten und 16% verheiratet Gewesenen; etwa dasselbe galt für die Gruppe der Blinden, Taubstummen und Behinderten. Bei den Tbc-Kranken waren 50% ledig, bei den "sonstigen Kranken" nur ein Viertel. In den beiden erstgenannten Gruppen haben offenbar die Art der Erkrankung und die frühzeitige Anstaltsunterbringung die Eheschließung von vornherein erschwert.

Die Einkommensverhältnisse der Betreuten

Von den durch die geschlossene Fürsorge betreuten Personen hatten 39% kein Einkommen oder die Einkommensfrage war noch nicht geklärt; bei diesem Teil der Betreuten gingen also die gesamten Anstaltskosten zu Lasten der öffentlichen Fürsorge. Relativ mehr Frauen als Männer waren ohne Einkommen. Beinahe die Hälfte der Geisteskranken und fast alle Tbc-Kranken und -Genesenen waren ohne Einkommen.

Die übrigen 61% hatten Einkommen, so daß die Fürsorge nur mit einem mehr oder weniger großen Zuschuß auszuheilen brauchte. Ein Teil der Personen mit Einkommen hatte zwei oder auch mehrere Einkommensquellen, denn es wurden mehr Einkommen (683) als Einkommensempfänger (592) gezählt. Soweit Einkommen vorhanden war, stammte es - gemessen an den 683 Einkommensquellen = 100% -

bei allen Betreuten	bei den männlichen Betreuten	
zu 0,1 %	zu 0,3 %	aus selbständiger Erwerbstätigkeit
zu 3,4 %	zu 6,4 %	aus unselbständiger Erwerbstätigkeit
zu 35,3 %	zu 35,7 %	aus Sozialrenten
zu 7,0 %	zu 5,8 %	aus Versorgungsrenten
zu 16,2 %	zu 10,0 %	aus LAG-Renten
zu 32,4 %	zu 35,7 %	von Unterhaltspflichtigen
zu 5,6 %	zu 6,1 %	aus sonstigen Einkommensquellen.

An der Spitze standen also die Sozialrentner, die Bezüge aus der Arbeiterrenten-, Knappschafts-, Angestellten- oder Unfallversicherung erhielten. Dann folgten diejenigen Betreuten, die Beiträge von Unterhaltspflichtigen bezogen, und schließlich mit Abstand die Geschädigten und Vertriebenen, d. h. die Bezieher von LAG-Mitteln. Die Unterhaltsbeiträge der Angehörigen spielen zwar in Schleswig-Holstein unter den Einkommensarten der Betreuten mit 32% eine beachtliche Rolle, stehen aber nicht wie in Nordrhein-Westfalen vor den Sozialrenten an erster Stelle.

Die Bezieher von Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit waren ganz überwiegend Männer, die Empfänger von LAG- und Versorgungsrenten dagegen in der Mehrzahl Frauen, vermutlich zum größten Teil Witwen. Unterhaltsbeiträge von Verwandten kamen häufiger bei den männlichen als bei den weiblichen Personen vor.

Die Verteilung der Einkommen auf die verschiedenen Altersklassen ist nicht ersichtlich, wohl aber die Verteilung nach Personengruppen. Die Empfänger von Unterhaltsbeiträgen befinden sich vornehmlich unter den "anderen Personen", sind also in der Hauptsache Säuglinge, Kinder, Jugendliche und alte Leute. Zum Teil sind auch die Geisteskranken, die Seh-, Hör- und Sprachgeschädigten sowie die behinderten Personen ganz oder teilweise durch Unterhaltsbeiträge von unterhaltspflichtigen Angehörigen versorgt. Die Bezieher von Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit befinden sich fast ausschließlich unter den "anderen Personen". Renteneinkommen aus der Sozialversicherung, nach dem BVG und dem LAG fließen hauptsächlich den Geisteskranken und "anderen Personen" zu, ebenso die "sonstigen Einkommen".

In welcher Höhe die Einkommen die Anstaltskosten decken, kann man weder aus der Zusatzstatistik noch aus der Jahresstatistik ersehen. Durch die Zusatzstatistik wird nur bekannt, daß viele Einkommen die Kosten nicht in voller Höhe decken, denn sonst würden die untergebrachten Personen nicht von der Fürsorge betreut. Die Jahresstatistik dagegen weist zwar die Einkommen in ihrer Höhe (als "Einnahmen") aus, gliedert sie jedoch nicht nach Einkommensart oder Personengruppe.

Die Versicherungsverhältnisse der Betreuten

Nur sechs Zehntel der Personen in Anstaltsfürsorge waren Kranken- oder Rentenversicherte bzw. mitversicherte Familienangehörige. Vier Zehntel waren in keiner derartigen Versicherung.

Die Zahlen der versicherten Männer und Frauen waren gleich groß, unter den Nichtversicherten überwogen dagegen stark die Frauen. Die Zahl derer, die einer privaten Krankenversicherung angehörten, war verschwindend gering. Auch die Zahl der Rentenversicherten war nicht groß. Mehr als neun Zehntel der versicherten Betreuten hatten Leistungsansprüche gegen die soziale Krankenversicherung und noch nicht ein Zehntel gegen die Rentenversicherung.

Einzelne Betreute hatten Ansprüche aus mehreren Versicherungsverhältnissen, so waren z. B. einige Sozialrentner gleichzeitig Empfänger von Witwen- oder Elternrenten nach dem BVG.

Bei sämtlichen versicherten Personen lagen Gründe vor, die die Leistungen der Kranken- bzw. Rentenversicherung teilweise oder ganz ausschlossen. Nur 9% der Versicherten erhielten wenigstens einen Teil der Kosten, und zwar von der Krankenversicherung. Die Rentenversicherung erbrachte nur in einem einzigen Fall eine Leistung. Sämtliche Versicherten fielen also trotz bestehenden Versicherungsschutzes ganz oder teilweise der Fürsorge zur Last.

Daß die Versicherungsträger die Unterbringungs- oder Behandlungskosten nach Art, Höhe oder Dauer nicht oder nicht vollständig zu übernehmen brauchen, kann verschiedene Gründe haben. Diesbezügliche Fragen der Zusatzstatistik haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Grund der mangelnden Versicherungsleistung war:

Voraussetzung nicht erfüllt	bei 10 % aller versicherten Unter-		
Leistungsart nicht gewährt	" 63 % "	"	gebrachten
Kosten nicht voll übernommen	" 9 % "	"	"
Leistungen bereits erschöpft	" 14 % "	"	"
Leistung noch nicht geklärt	" 3 % "	"	"

Es zeigt sich, daß in 63% der Fälle mangelnder Versicherungsleistung die Kranken- und Rentenversicherungen die fraglichen Leistungsarten nicht gewähren. Dieser Versagungsgrund kommt deshalb so häufig vor, weil insbesondere bei den Geisteskranken und bei den "anderen Personen", soweit es sich um Pflege- und Verwahrfälle handelt, die Wiederherstellung der Gesundheit oder Erwerbsfähigkeit nicht oder nicht mehr in Betracht kommt, weshalb Kranken- und Rentenversicherung nicht mehr eintreten. 14% waren so lange krank, daß die Kranken- und Rentenversicherungen ihr Leistungssoll bereits erfüllt hatten. Der geschlossenen Fürsorge ist also trotz Ausbau und Verbesserung des Versicherungsschutzes ein weites Betätigungsfeld geblieben.

Fürsorgemaßnahmen und -anstalten

Weitere Fragen der Zusatzstatistik unterrichten über die Fürsorgemaßnahmen. Als Fürsorgemaßnahmen sind genannt: Heilbehandlung, Erholungs- und Kurheilverfürsorge einschl. vorbeugender Gesundheitshilfe, Schulausbildung, Berufsausbildung, Fortbildung, Umschulung, freiwillige Erziehungshilfe, Pflege und Unterbringung ohne vorgenannte Maßnahmen.

Annähernd zwei Drittel der betreuten Personen befanden sich in "Pflege".

Die Aufgliederung der Pflegefälle zeigt, daß es sich in der Hauptsache um Geisteskranke, Geisteschwache und Epileptiker handelte und daß mit Abstand die alten und siechen Leute und wiederum mit Abstand Kinder dazu gehörten. Daneben befanden sich auch "Pflelinge" in Blinden-, Taubstumm- und Krüppelheimen,

aber auch in Erziehungs- und Bewahrheimen für Erwachsene und Minderjährige, wenn auch nicht in annähernd so großer Zahl.

In "Heilbehandlung" waren nur 7% der untergebrachten Personen. Die Hälfte der Heilbehandlungsfälle betraf Nerven- und Geisteskranke.

Pflege im Sinne der Zusatzstatistik ist die Anstaltsunterbringung von Personen, die so hilflos sind, daß sie ohne fremde Wartung nicht bestehen können. Dabei ist zunächst an schwere akute Erkrankungsfälle (z. B. Geisteskrankheit, spinale Kinderlähmung, multiple Sklerose) gedacht, mit denen gleichzeitig und laufend eine Heilbehandlung verbunden ist, dann aber auch an die Fälle von Siechtum, langjähriger Geisteskrankheit u. ä., bei denen die Heilbehandlung zurücktritt, wenn sie auch nicht aufhört. Das entscheidende Kriterium der statistischen Einordnung in "Pflege" oder "Heilbehandlung" ist die Dauer der Unterbringung. Kranke, die länger als ein halbes Jahr in einer Anstalt untergebracht waren, wurden in der Regel als Pflegefälle ausgewiesen. Hierin weicht die Statistik also von der ärztlichen und fürsorglichen Unterscheidung der Fälle ab. - Die Anstaltsunterbringung von Säuglingen und Kleinkindern ist grundsätzlich nicht als Pflegefall ausgewiesen worden.

Nur etwa 2,5% fielen in die Sparte "Erholungs- und Kurheilverfürsorge" bzw. "vorbeugende Gesundheitshilfe".

5% der Betreuten waren zum Zwecke der Schul- und Berufsausbildung bzw. Fortbildung oder Umschulung in Anstalten oder Heimen eingewiesen. Es waren neben den Seh-, Hör-, Sprach- und Körperbehinderten fast zur Hälfte Jugendliche in Lehrlings- und Jugendwohnheimen.

Die restlichen zwei Zehntel der Betreuten waren "ohne vorgenannte Maßnahmen", d. h. insbesondere ohne Pflegemaßnahmen oder Heilbehandlung untergebracht, und zwar in der Hauptsache in Kinder- und Altersheimen. Es waren dreimal soviel Kinder wie alte Leute; ihnen fehlte offenbar ein geeignetes Elternhaus. Ein Teil der Betreuten "ohne vorgenannte Maßnahmen" befand sich in den "sonstigen Heimen und Anstalten", zu denen die Heime der Nichtseßhaftenfürsorge, der Straftentlassenfürsorge, der Bahnhofshilfe und Heime für Auswanderer gehören. Lediglich 1% der Personen in

Tab. 3 Die untergebrachten Personen nach Anstalten
- 31.3.1960 -

Heim- oder Anstaltsart	Iaut Jahresstatistik		It. Zusatzstatistik
	Anzahl	in %	
Alters- und Pflegeheime (Siechenheime)	2 692	22,4	23,6
Blindenheime	131	1,1	1,3
Taubstummheime	86	0,7	1,0
Krüppelheime	159	1,3	1,3
Anstalten für Geisteskranke	4 675	38,9	43,2
Heilstätten	232	1,9	2,0
Krankenhäuser	776	6,5	1,5
Entbindungs- und Wöchnerinnenheime	5	0,1	0,1
Genesungs- und Erholungsheime	551	4,6	2,5
Erziehungs- und Bewahrheime	114	1,0	1,7
Kinder- und Säuglingheime	1 974	16,4	17,2
Lehrlings- und Jugendwohnheime	386	3,2	2,6
Sonstige Anstalten und Heime	228	1,9	2,0
Alle Anstalten und Heime	12 009	100	100

Anstaltsfürsorge war aus erzieherischen Gründen in Heimpflege gegeben worden, d. h. genoß "freiwillige Erziehungshilfe", was ein sehr geringer Prozentsatz ist, wenn man die Zahl Nordrhein-Westfalens von 5,7% danebenhält.

Was die Aufgliederung der betreuten Personen nach Heim- oder Anstaltsarten betrifft, ergab die Zusatzstatistik mit geringen Abweichungen, die sich aus den Ungenauigkeiten der Stichprobe und aus der Überschneidung von Anstaltsklassifizierungen erklären dürften, die gleichen Anteilswerte wie die Jahresstatistik per 31. 3. 1960.

Dauer der Fürsorgemaßnahmen

Mit der Frage nach der Dauer der Anstaltsunterbringung sollte geklärt werden, wie lange sich die einzelnen Betreuten in Anstaltsfürsorge befunden haben, bis sie Anstalt oder Heim wieder verlassen haben. Es wäre nun keine Schwierigkeit gewesen, für jeden einzelnen Fürsorgefall die bisherige Unterbringungsdauer bis zu einem Stichtag festzustellen. Man hätte dadurch aber nicht erfahren, wie lange der einzelne Betreute insgesamt (wenn auch ohne vorangegangene abgeschlossene oder spätere erneute Unterbringung) in Anstaltsfürsorge bleiben mußte. Darum aber geht es, wenn man sich ein Bild von der voraussichtlichen durchschnittlichen Unterbringungsdauer machen will. Andererseits konnte man aber auch nicht jeden Fall der geschlossenen Fürsorge bis zur Beendigung der Anstaltsunterbringung verfolgen, da in manchen Fällen die Unterbringung sehr lange dauert. Um nun wenigstens eine Anzahl aktueller Anstaltsfälle noch bei ihrer Entlassung unter Kontrolle zu haben, wurde die Beobachtungsdauer der am 31. 3. 1960 erfaßten Anstaltsfälle auf ein Jahr ausgedehnt. Bei denjenigen Personen, die innerhalb dieses Jahres ausschieden, konnte man dann die Gesamtaufenthaltsdauer ermitteln. Es hat sich allerdings herausgestellt, daß die Zahl der in diesem Jahre entlassenen Personen noch nicht ein Viertel der an seinem Anfang Untergebrachten ausmachte, so daß die an sich schon kleine Anzahl von rund 1 000 Personen auf einen wenig aussagekräftigen Rest zusammenschmolz.

Die größere Gruppe derer, die über den 31. 3. 1961 hinaus noch in Anstaltsfürsorge verblieben, gibt keinen Aufschluß über die gesamte Unterbringungsdauer der einzelnen Personen. Man kann mit Hilfe dieser Zahlen aber aussagen, daß der Anteil der bisher

1 bis 2 Jahre	untergebrachten Personen	16 %
2 " 5 "	" "	29 %
5 und mehr Jahre	" "	55 %

betrug. Man kann also aussagen, daß die Fälle mit langer Unterbringungsdauer die Fälle mit kürzerer Verweildauer überwogen.

Ferner zeigt die Aufbereitung der in Anstaltsfürsorge nach 1jähriger Beobachtung verbliebenen Personen, daß unter den bisher 5 Jahre und länger Untergebrachten die Geisteskranken, Geistesschwachen und Epileptiker mit gut zwei Dritteln besonders stark vertreten waren. Die "anderen Personen" dagegen hatten an dieser Gruppe mit 23% einen relativ schwachen Anteil. Aber auch Seh-, Hör-, Sprach-, Körper- und sonstige Behinderte und Kranke einschließlich der Tbc-Kranken befanden sich unter den Dauerpatienten, die vielleicht lebenslänglich an eine Anstalt oder ein Heim gebunden sind.

Um den Zahlen der kleinen Gruppe der vom 1. 4. 1960 bis zum 31. 3. 1961 ausgeschiedenen Personen noch eine gewisse Aussage abzugewinnen, sind wiederum Gruppen nach der - hier jedoch gesamten - Verweildauer gebildet worden. Danach waren

18 %	der Betreuten	unter drei Monate,
25 %	" "	drei Monate bis ein Jahr,
18 %	" "	ein bis zwei Jahre,
25 %	" "	zwei bis fünf Jahre,
14 %	" "	mehr als fünf Jahre

in Anstaltsfürsorge untergebracht gewesen, ehe sie entlassen wurden.

Die Ergebnisse dieser Teilmasse zeigen, daß die Fälle mit ein- und mehrjähriger Verweildauer die Fälle mit Unterbringungszeiten unter einem Jahr überwiegen. Es hätte ja sonst auch der Abgang der Betreuten, der innerhalb des Berichtsjahres nur rund ein Viertel betrug, größer sein müssen. Die ganz kurzen Aufenthalte blieben hinter der Gruppe mit Aufenthaltszeiten von drei Monaten bis zu einem Jahr zurück.

Zusatzstatistik und Bundessozialhilfegesetz

Die Ergebnisse, die die Zusatzstatistik 1960 im Bereich der sozialen Fürsorge nach dem BVG gezeitigt hat, sollen für Schleswig-Holstein nicht besprochen werden; sie bringen auf Bundesebene sicherlich gleichermaßen beachtenswerte Aufschlüsse. Bedenken wir jedoch, daß auch dieser Teil noch zum Erhebungswerk über die Struktur der geschlossenen Fürsorge gehört, so ergibt sich, daß die Zusatzstatistik 1960 über die öffentliche Fürsorge hinaus für das gesamte Sozialleistungssystem, d. h. auch für das Versicherungs- und das Versorgungswesen von Bedeutung ist. Im Hinblick auf das Bundessozialhilfegesetz vom 30. 6. 1961, das die bisherigen Grundsätze des Fürsorge-rechts (die Reichsfürsorgepflichtverordnung und die Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art

und Maß der öffentlichen Fürsorge von 1924) teils beibehält, teils ändert und erweitert und somit der öffentlichen Fürsorge eine Reihe neuer Aufgaben stellt, wird der Praktiker für die statistische Untermauerung oder Korrektur seiner Erfahrungen dankbar sein. Um insbesondere dem Grundsatz der "Individualisierung" der Hilfe gerecht werden zu können, d. h. um die Hilfsmaßnahmen den Besonderheiten des Einzelfalles nach Person, Bedarf, örtlichen Verhältnissen und vertretbaren Wünschen anpassen zu können, ist eine möglichst genaue Kenntnis der Struktur des fraglichen Personenkreises erforderlich. Gerade dort, wo das Bundessozialhilfegesetz den Aufgabenbereich der öffentlichen Fürsorge erweitert hat, nämlich auf dem Gebiet der vorbeugenden Gesundheitshilfe, der Hilfe zur Pflege, der Eingliederungshilfe für Behinderte, der Hilfe für Gefährdete und der Altenhilfe, werden die bisher nur spärlichen statistischen Unterlagen durch die Zusatzstatistik wesentlich bereichert. Die Koordinierung mit der Bevölkerungs- und Gesundheitsstatistik wird letztlich das Bild vom hilfsbedürftigen Menschen abrunden.

Begriffe und Methoden

Aus erhebungstechnischen Gründen kam eine Direktbefragung von vornherein nicht in Betracht, abgesehen davon, dass die geistige und körperliche Beschaffenheit der untergebrachten Personen sie nicht zugelassen hätte. Trotzdem trägt die Erhebung im Gegensatz zur Jahrestatistik den Charakter einer Primärstatistik. Es wurden nämlich von allen im Auswahlstich der Stichprobe erfassten Personen individuelle Fragebogen durch die Fürsorgeverbände angelegt.

Die Zusatzstatistik war so eingerichtet, dass sie etwa 10 % aller am 31. 3. 1960 ganz oder teilweise auf Kosten der öffentlichen Fürsorge in Anstalten oder Heimen untergebrachten Personen erfassen sollte. Sie bezog sich auf Personen, die von der öffentlichen Fürsorge, der Tuberkulosehilfe, der Fürsorge für Körperbehinderte und der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene betreut wurden. Sie erstreckte sich nicht auf Personen, die am Stichtag ausschließlich auf Kosten anderer Sozialleistungsträger, sonstiger Dritter oder auf eigene Kosten untergebracht waren. Die Verweildauer wurde in einem besonderen Erhebungsgang mit dem 31. 3. 1961 als Stichtag ermittelt. War die Anstaltsunterbringung zunächst nicht auf Fürsorgekosten geschehen, wurde der Zeitpunkt des (letzten) Eintretens der Fürsorge als Beginn der Anstaltsunterbringung angegeben. Teilnehmer am Jugendaufbauwerk wurden nicht in die Erhebung einbezogen. Aus verschiedenen Gründen wurde in Schleswig-Holstein nur eine Repräsentation von 8,1 % (im Bundesgesamten 8,4 %) erreicht. Da am 31. 3. 1960 insgesamt nur 12 000 Personen von der geschlossenen Fürsorge betreut wurden, wären aber selbst bei einer 10%igen Erfassung die einzelnen Ergebnisse der tiefgegliederten Tabellen so klein gewesen, dass ihre Hochrechnung auf die Gesamtheit der Betreuten angesichts der wahrscheinlichen Fehler wenig sinnvoll erschienen wäre; es wurde deshalb von der Hochrechnung der absoluten Zahlen abgesehen.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Die Anstaltsfürsorge in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 67 (März) und "Die in Anstaltsfürsorge untergebrachten Personen" in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 319 (Mai)

Mischfutterverwendung in Schleswig-Holstein

- Von Landwirtschaftsassessor Klaus Ludloff, Kiel -

In Schleswig-Holstein hat sich die Mischfutterherstellung von 1950/51 bis 1959/60 verneunfacht. Sie ist innerhalb eines Jahrzehnts von 67 000 t auf 600 000 t gestiegen. Die Zufuhren aus anderen Bundesländern - sie kommen fast ausschließlich aus Hamburg - sind von 28 000 t im Jahre 1952/53 auf rund 120 000 t im Jahre 1959/60 angewachsen, während von Schleswig-Holstein praktisch kein Mischfutter in andere Bundesländer geliefert wird. Der Mischfutterverbrauch hat also im abgelaufenen Jahrzehnt eine außerordentliche Steigerung zu verzeichnen.

Die Gründe, die zu dieser Entwicklung geführt haben, sind verschieden. Als entscheidend sind vor allem zwei Umstände anzusehen, nämlich die zunehmende Arbeitskräfteverknappung in der Landwirtschaft und die Preisentwicklung für tierische Erzeugnisse, die beide dazu geführt haben, alle Möglichkeiten der Rationalisierung in der Veredelungswirtschaft auszuschöpfen. In arbeitswirtschaftlicher Hinsicht ist gerade das Mischfutter deshalb besonders

vorteilhaft, weil es dem Landwirt ermöglicht, den Tieren alle erforderlichen Nährstoffe in einem Futtermittel und damit auch in einem Arbeitsgang zu verabreichen oder aber, das gilt vorwiegend in der Rindviehfütterung, die im Grundfutter fehlenden Nährstoffe durch ein Zusatzfutter zu ergänzen. Eine Parallele zu dieser Entwicklung ist im zunehmenden Verbrauch der Mehr-Nährstoffdünger zu erblicken. Diese Dünger ermöglichen es, die erforderlichen Pflanzennährstoffe in einem Arbeitsgang auszubringen, wodurch Arbeit gespart wird. Sie konnten in den zurückliegenden Jahren ihren Marktanteil aus diesem Grunde auf Kosten der Einzeldünger ständig vergrößern.

Die relativ niedrigen Preise für Veredelungsprodukte haben außerdem das Bestreben der Landwirtschaft verstärkt, die Gestehungskosten möglichst niedrig zu halten. Da etwa 70% der Veredelungskosten Futterkosten sind, lag es nahe, diesem Kostenfaktor besondere Aufmerksamkeit zu schenken mit dem Ziele, ihn zu

vermindern. Das war einmal möglich durch Verwendung möglichst billiger Futtermittel, wobei jedoch die Möglichkeiten nur beschränkt sind, und zum anderen durch die Verminderung des Futteraufwandes je Produktionseinheit. Durch Erprobung verschiedenster Fütterungsmethoden, Futtermittelzusammenstellungen und Futtermittelzusätze (Antibiotica, Vitamine u. ä.) und nicht zuletzt durch die Tierzucht selbst sind auf dem Gebiet der Schweine- und Geflügelmast in den letzten Jahren beachtliche Erfolge erzielt worden. Eine der Voraussetzungen aber war ein Futter, das allen Ansprüchen der Tiere gerecht wurde. Dieses Futter wurde der Landwirtschaft im Mischfutter zur Verfügung gestellt. Je weiter die Erkenntnisse auf dem Gebiet der Tierernährung fortschritten, um so schwieriger wurde es für den Landwirt, ein gleichwertiges Futter selbst herzustellen.

Bei der Mischfutterherstellung ergab sich deshalb die Frage, ob die Landwirtschaft aus den genannten Gründen das selbst erzeugte Getreide in zunehmendem Maße verkauft, um es dann als Mischfutter in für Futterzwecke besser geeigneter Form zurückzukaufen. Um diese Frage beantworten zu können, ist es erforderlich, den Futterbedarf dem Futteraufwand gegenüberzustellen. Die Schwierigkeit liegt dabei sowohl darin, den Futterbedarf als auch den Futteraufwand zu ermitteln. Der Futterbedarf ist keine feststehende Größe, sondern schwankt selbst bei gleicher Tierart von Betrieb zu Betrieb. Er ist abhängig von Rasse, Futtermittel, der Nährstoffzusammensetzung der Futtermischung und anderem mehr. Die exakte Ermittlung des Futteraufwandes je Tier dagegen scheitert an den unzureichenden statistischen Unterlagen. Es ist z. B. nicht möglich, mit Hilfe der vorhandenen Unterlagen in Schleswig-Holstein mit ausreichender Genauigkeit festzustellen, wieviel des Futterrestes aus der Roggenernte an Rindvieh, Schweine oder Geflügel verfüttert wurde. Deshalb muß sich eine Untersuchung

der oben aufgeworfenen Frage auf den Futteraufwand für alle Tierarten insgesamt beschränken.

Beginnt man dabei mit dem wirtschaftseigenen Futter, so ergibt sich folgendes: Die Getreideproduktion ist in Schleswig-Holstein von 784 200 t im Jahre 1950/51 auf 1 304 200 t im Jahre 1959/60 gestiegen, sie hat also in einem Jahrzehnt um 66% zugenommen. Die Getreideverfütterung, die sich aus der Produktion abzüglich Schwund, Verkäufe, Saatgutbedarf und Lohn- und Umtauschmüllerei ergibt, stieg im gleichen Zeitraum dagegen nur um 20%, so daß der prozentuale Anteil des Futterverbrauches aus der eigenen Getreideerzeugung, obwohl die verfütterte Getreidemenge eigener Erzeugung absolut um rund 90 000 t stieg, von 59% in 1950/51 auf 42% in 1959/60 zurückging (vgl. auch Tabelle 1). Die Mehrproduktion an Getreide gelangte also überwiegend zum Verkauf.

Eine weitere Möglichkeit, die hier aufgeworfene Frage zu beantworten, ist eine Untersuchung des Mischfuttermittelsverbrauchs. Bei Mischfutter ist eine Berechnung des Verbrauchs je Tier sehr viel leichter möglich, da man davon ausgehen kann, daß die statistisch nach Tierarten getrennte Erfassung der Mischfutterherstellung mit der Verfütterung übereinstimmt. Auch dürfte vom Zeitpunkt der Herstellung bis zum Zeitpunkt der Verfütterung kein größerer Zeitpunkt liegen, der eine Erfassung und Berücksichtigung der Jahresanfangs- und -endbestände erforderlich macht. Gerade die starken saisonalen Schwankungen bei der Herstellung von Rindermischfutter beweisen, daß jeweils immer nur die benötigten Mengen hergestellt werden und keine wesentlichen Vorräte gehalten werden. Der Grund hierfür dürfte nicht zuletzt in einer beschränkten Haltbarkeit des Mischfutters zu suchen sein.

Nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen sind Bilanzen für den Mischfuttermittelverbrauch in

Tab. 1 Getreideernten und Verfütterung wirtschaftseigenen Getreides in Schleswig-Holstein

		1950/51	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60
		Brotgetreide									
Ernte	in 1000 t	372,6	383,8	503,5	489,1	547,8	485,0	624,6	630,6	495,5	670,0
Futterrest	in 1000 t	131,1	99,1	89,3	108,5	149,5	132,5	148,8	127,8	76,1	151,5
	in % der Ernte	35	26	18	22	27	27	24	20	15	23
		Futtergetreide									
Ernte	in 1000 t	411,6	491,1	533,1	543,0	471,8	579,9	566,3	557,7	549,8	634,2
Futterrest	in 1000 t	332,5	390,5	396,0	407,8	353,8	415,0	402,8	391,1	374,2	402,7
	in % der Ernte	81	80	74	75	75	72	71	70	68	63
		Insgesamt									
Ernte	in 1000 t	784,1	874,9	1 036,5	1 032,1	1 019,7	1 064,9	1 190,9	1 188,3	1 045,3	1 304,2
Futterrest	in 1000 t	463,6	489,6	485,3	516,3	503,3	547,5	551,6	518,9	450,3	554,2
	in % der Ernte	59	56	47	50	49	51	46	44	43	42
Ernte	in % von 1950/51	100	112	132	132	130	136	152	152	133	166
Futterrest	in % von 1950/51	100	106	105	111	109	118	119	112	97	120

Schleswig-Holstein seit 1952/53 möglich. Nicht eindeutig ist aber in allen Fällen die Abgrenzung der als Mischfutterfresser in Frage kommenden Tiere.

Bei Schweinen wurde die Zahl der erzeugten Mastschweine (Schlachtviehaufkommen) zuzüglich bzw. abzüglich der Bestandsveränderungen zu Grunde gelegt. Die Muttersauen blieben außer Betracht, da sie gewöhnlich nur kurz vor und während der Sägezeit Kraftfutter erhalten, dessen Menge sich nach der Zahl der Ferkel richtet. Sofern also im Kraftfutter an Mutterschweine auch Mischfutter enthalten ist, ist dies nach dieser Methode in dem je Mastschwein errechneten Verbrauch enthalten.

Für die Berechnung des Pro-Tier-Verbrauches an Rindermischfutter wurde der jeweils am 3. Dezember, also in der Mitte des Wirtschaftsjahres, ermittelte Bestand an Kühen und Färsen, Kalbinnen und Starke zu Grunde gelegt. Da es sich beim Rindermischfutter fast ausschließlich um Milchviehmischfutter handelt, mußte also bei der Umrechnung nur vom Milchvieh ausgegangen werden. Dabei wurden die Färsen mit einbezogen, da sie bereits vor dem Kalben Mischfutter erhalten, also Mischfutterfresser sind.

Als am wenigsten zuverlässig sind die Unterlagen über den Mischfuttermittelverbrauch je Tier beim Geflügel anzusehen. In der Statistik wird zwischen Geflügelmischfutter für Hühner und für anderes Geflügel nicht unterschieden. Es war also die Frage, ob auch Enten, Gänse usw. einbezogen werden müssen. Es wurde jedoch davon Abstand genommen und nur der Hühnerbestand des 3. Dezembers zu Grunde gelegt. Aber auch daraus ist ein Verbrauch je Tier nicht erchenbar, weil alles Schlachtgeflügel, das im Alter von weniger als 12 Monaten, also Hähnchen, geschlachtet wird, nicht erfaßbar ist, obwohl es Mischfutter frißt. Hier dürfen die Angaben über den Verbrauch je Tier also nur als ungefähre Anhaltswerte angesehen werden.

Der Mischfuttermittelverbrauch je Schlachtschwein ist, wie die Übersicht zeigt, von 0,56 dz im Jahre 1952/53 auf 2,13 dz in 1959/60 angestiegen. Er hat sich also in 7 Jahren vervierfacht. Demgegenüber hat sich der Gesamtfuttermittelverbrauch je Schlachtschwein in der gleichen Zeit aus zwei Gründen vermindert. Man darf unterstellen, daß seit 1952/53 durch züchterische Maßnahmen sowie durch verbesserte Futterzusammensetzung und Fütterungstechnik der Futterbedarf je kg Gewichtszunahme vermindert werden konnte, wenn auch zuverlässige Unterlagen hierüber nicht zur Verfügung stehen, so daß über das Ausmaß nichts ausgesagt werden kann. Zum anderen ist seit 1952/53 eine Verminderung des Lebendgewichts der Schlacht-

schweine zu beobachten. Sie ist eine Folge der abnehmenden Nachfrage nach fettem Fleisch und Speck und einer zunehmenden Nachfrage nach magerem Fleisch. Im Bundesgebiet sind die Durchschnittsschlachtgewichte bei Schweinen von 1952/53 bis 1959/60 von 98 kg auf 91 kg zurückgegangen, das sind rund 7%. Ähnlich ist auch die Entwicklung in Schleswig-Holstein verlaufen. Dadurch ist der Futtermittelverbrauch je Tier und, da die Erzeugung von Fett futtermittlerwendiger ist als die von Fleisch, auch der Futtermittelaufwand je kg Zunahme vermindert worden. Aus alledem ergibt sich, daß bei sinkendem Futtermittelaufwand je Schlachtschwein der Mischfuttermittelverbrauch zugenommen hat. Durch das Mischfutter wurde also anderes Futter aus der Futterration verdrängt. Es dürfte sich dabei vor allem um Kartoffeln und andere Hackfrüchte, aber auch um Zukaufgetreide gehandelt haben. Der Rückgang des Kartoffelanbaues von 72 300 ha im Jahre 1950/51 auf 43 100 ha im Jahre 1959/60 steht in starkem ursächlichen Zusammenhang mit der Zunahme des Mischfuttermittelverbrauchs im Schweinestall.

Inwieweit beim Rindvieh das Mischfutter andere Futtermittel verdrängt hat, ist schwieriger zu beantworten, da wir hier zwei Futtergruppen zu unterscheiden haben, das Grundfutter und das Leistungsfutter. Der Bedarf an Leistungsfutter ist dabei keine feststehende Größe, sondern richtet sich nach Menge und Qualität des vorhandenen wirtschaftseigenen Grundfutters und dem Nährstoffbedarf des Tieres, der wiederum von der Milchleistung abhängig ist. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit sollten Kühe in erster Linie aus wirtschaftseigenem Futter versorgt werden. Kraftfutter sollte nur als Ergänzung benutzt werden. Das billigste Futter ist noch immer die Weide, die im Sommer praktisch die ausschließliche Futtergrundlage des Milchviehs in Schleswig-Holstein darstellt. Eine Zufütterung auf der Weide erfolgt lediglich im Frühjahr beim Austrieb aus Gründen der Futterumstellung oder im Sommer bzw. Herbst, wenn die Weide vorübergehend knapp wird. Im Winter besteht das Grundfutter im wesentlichen aus Rüben, Heu, Silage und Stroh. Eine gute Grundfutterration soll die Nährstoffe für den Erhaltungsbedarf des Tieres sowie für 10 - 15 kg Milch enthalten, abhängig vom Nährstoffgehalt des Futters und der Futtermittelaufnahmefähigkeit der Tiere. Bei einer Jahresmilchleistung von rund 4 000 kg Milch je Kuh im Landesdurchschnitt errechnet sich bei 300 Melktagen eine Tagesleistung von 13,3 kg. Wenn man berücksichtigt, daß das Grundfutter während der Stallperiode außer für die Erhaltung der Lebensfunktion Nährstoffe für wenigstens 10 kg Milch enthalten sollte, so bleiben 3,3 kg Milch, die mit Hilfe von Kraftfutter erzeugt werden müssen.

Tab. 2

Verbrauch an Mischfutter nach Tierarten in Schleswig-Holstein

		1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60
Schweinemischfutter									
Herstellung	(1000 t)	69,8	81,5	138,3	191,1	223,8	246,0	301,2	371,7
Übergebietliche Zugänge	"	0,7	1,6	10,4	14,9	18,5	17,6	19,9	23,0
Übergebietliche Abgänge	"	-	0,7	5,0	5,9	3,9	1,2	2,0	2,1
Verbrauch insgesamt	(1000 t)	70,5	82,4	143,7	200,1	238,4	262,4	319,1	392,6
Schlachtviehaufkommen ¹	(1000 St)	1 269,5	1 221,7	1 405,1	1 459,5	1 710,4	1 736,5	1 682,8	1 845,8
Verbrauch je Schlachtschwein	(dz)	0,55	0,67	1,06	1,38	1,53	1,52	1,88	2,15
Rindermischfutter									
Herstellung	(1000 t)	73,9	85,7	96,6	97,5	103,0	138,3	140,9	172,7
Übergebietliche Zugänge	"	15,4	23,4	28,4	41,1	42,4	46,0	42,3	48,5
Übergebietliche Abgänge	"	7,7	10,2	11,3	7,2	4,3	3,0	3,3	2,1
Verbrauch insgesamt	(1000 t)	81,6	98,9	113,7	131,4	141,1	181,3	179,9	219,1
Bestand an Rindvieh ² (Kühe, Färsen, Kalbinnen, Starke)	(1000 St)	520,7	523,4	512,0	490,4	493,7	492,2	493,4	509,3
Verbrauch je Tier	(dz)	1,57	1,89	2,12	2,68	2,86	3,68	3,65	4,30
Geflügelmischfutter									
Herstellung	(1000 t)	26,5	30,8	36,6	39,1	41,9	47,3	47,2	50,8
Übergebietliche Zugänge	"	11,9	18,1	25,2	23,6	26,6	28,2	37,6	45,6
Übergebietliche Abgänge	"	0,5	0,7	0,6	0,8	0,7	0,8	0,3	0,4
Verbrauch insgesamt	(1000 t)	37,9	48,2	61,2	61,9	67,8	74,7	84,5	96,0
Hühnerbestand ²	(1000 St)	3 570,2	3 790,5	3 715,9	3 475,8	3 492,6	3 485,6	3 521,9	3 623,2
Verbrauch	(kg je St)	10,6	12,7	16,5	17,8	19,4	21,4	24,0	26,5

1) unter Berücksichtigung der Bestandsveränderungen

2) nach den Dezemberzählungen

Folgt man weiterhin der in der Praxis üblichen Faustregel, wonach 1 kg Kraftfutter 2 kg Milch erzeugen soll, so errechnet sich bei 3,5 kg Milch ein Kraftfutterbedarf von 1,75 kg täglich oder von 3,5 dz während der 200 Stallfüttertage. Diesem theoretischen Bedarf gegenüber erscheint der tatsächliche Aufwand von 4,18 dz Mischfutter im Jahr 1959/60 überhöht. Dies dürfte in erster Linie eine Folge der Trockenheit der Jahre 1959 sein, die zu einer niedrigen Futterernte geführt hat.

Es wäre falsch, wollte man annehmen, daß der Verbrauch an Mischfutter, der sich von 1952/53 bis 1959/60 fast verdreifacht hat, zur Vernachlässigung der Erzeugung von wirtschaftseigenem Grundfutter führte. Dem widersprechen sowohl die Ernteschätzungen von Futterpflanzen als auch die Bestrebungen der Landwirtschaft, möglichst viel nährstoffreiches Futter selbst zu erzeugen, wie es besonders durch den in den letzten Jahren stark erhöhten Silobau zum Ausdruck kommt. Es kann auch nicht gesagt werden, inwieweit der Zunahme des Verbrauchs an Rindermischfutter ein Rückgang im Verbrauch von unvermishtem Ölkuchen gegenübersteht.

Die Vorbehalte, die bei einer Berechnung des Geflügelmischfuttermittels zu machen sind, wurden bereits oben dargestellt. Sie müssen besonders berücksichtigt werden, will man die Frage beurteilen, ob die Zunahme des Mischfuttermittelsverbrauchs auf eine Verdrängung anderen Futtermittels zurückzuführen ist oder ob es sich dabei um einen Mehrverbrauch infolge einer sta-

tistisch nicht erfaßbaren Ausweitung des Geflügelbestandes handelt. Die Frage kann eindeutig dahin beantwortet werden, daß durch Mischfutter anderes Futter verdrängt wurde, lediglich über den Umfang und die Art des verdrängten Futtermittels können keine genauen Angaben gemacht werden.

Faßt man die Ergebnisse über den Mischfuttermittelsverbrauch je Tier zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß bei den wichtigsten Tierarten das Mischfutter auf Kosten anderer Futtermittel an Boden gewonnen hat. Da die Gründe, die diese Entwicklung verursachen, voraussichtlich auch in den nächsten Jahren wirksam bleiben, ist mit einer weiteren Zunahme des Mischfutters zu rechnen, zumal eine weitere Vermehrung der Tierbestände wahrscheinlich ist. Es soll aber nicht übersehen werden, daß im Wirtschaftsjahr 1960/61 die Aufwärtsentwicklung unterbrochen wurde. Eine gute Ernte an wirtschaftseigenem Rindviehfutter, später Weideabtrieb im Herbst 1960 und früher Austrieb im Frühjahr 1961 sowie ein hoher Auswuchsanteil beim Getreide und eine gute Hackfruchternte haben den Bedarf an Rinder- und Schweinemischfutter zurückgehen lassen.

Man wird davon ausgehen können, daß die auf den Markt kommenden Getreidemengen auch in den nächsten Jahren noch steigen, da die Getreideernten durch weitere Verbesserung der Flächenerträge voraussichtlich weiter zunehmen werden und manches dafür spricht, daß die unmittelbare Verfütterung von wirtschaftseigenem Getreide im Betrieb so wie im letzten

Jahrzehnt langsamer zunimmt als die Getreideproduktion. Der in den letzten Jahren mit Mitteln aus dem Grünen Plan unterstützte Bau von Lager-, Trocknungs- und Abnahmeeinrichtungen für Getreide, der hauptsächlich mit dem zunehmenden Mähdreschereinsatz und dem damit verbundenen Getreideverkauf noch während der Ernte begründet wurde, trägt auch dieser Entwicklung Rechnung.

Die Wasserversorgung der Industrie 1959

In vielen Landesteilen der Bundesrepublik ist das Wasser in den letzten Jahren mit zunehmender Industrialisierung immer knapper geworden. Daher kommt den alle 2 Jahre vorzunehmenden Erhebungen des Wasserverbrauchs der Industrie eine immer größere Bedeutung zu, denn im Zusammenhang mit den vorhandenen hydrographischen und geologischen Unterlagen zeigen sie, wo Einsparungen an Wasser notwendig sind, wo neue Industriebetriebe oder größere Wohnsiedlungen errichtet werden können, oder wo das mit Rücksicht auf die bestehende Wassersituation nicht möglich ist. Für Schleswig-Holstein sind solche Erkenntnisse besonders wertvoll, da hier in einigen Landstrichen (Marsch) wegen zunehmender Versalzung oder starker Inanspruchnahme des Grundwassers die Wasserversorgung - vor allem in regenarmen Sommern - immer schwieriger wird.

Die letzte Erhebung des Wasserverbrauchs der Industrie fand im Jahre 1960 statt und bezog sich auf das Jahr 1959. Sie erstreckte sich dabei auf die Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten. Ihre Ergebnisse sind - allerdings ebenso wie die der Jahre 1957 und 1955 - nur Näherungswerte, da ein großer Teil der Berichtsfirmen keine Wassermeßgeräte besitzt und daher die verbrauchten oder abgeleiteten Wassermengen mehr oder weniger genau schätzen muß. Sofern man sich hierbei auf Pumpenleistung oder dergleichen stützen konnte, werden die gemeldeten Wassermengen wahrscheinlich der Wirklichkeit ziemlich nahe kommen. Dort jedoch, wo solche Anhaltspunkte für die Schätzung fehlen, dürften die gemeldeten Werte unsicherer sein. Dennoch haben aber die Ergebnisse der Erhebung aus den angeführten Gründen auch als Näherungswerte große praktische Bedeutung.

Erfragt wurden diesmal das Wasseraufkommen, die Wassernutzung (einschließlich Kreislaufwasser), die Verwendung, sowie die abgeleitete Wassermenge (unbehandelt und vorbehandelt).

Unter Wasseraufkommen¹⁾ versteht man die aus Eigenförderung der Industriebetriebe einschl. der aus dem öffentlichen

Ob bei der Verfütterung wirtschaftseigenen Futtergetreides auf die Dauer der Umweg über die Mischfutterfabrik ökonomisch richtig ist, wird die Zukunft zeigen. Bei Bereitstellung einfach zu handhabender, den Erfordernissen moderner Tierernährung Rechnung tragender Zusatzfuttermittel zum wirtschaftseigenen Futtergetreide könnte sich das Bild rasch ändern.

Wassernetz oder von anderen Betrieben bezogenen (Fremdbezug) Wassermengen. In diesem Aufkommen ist auch Wasser enthalten, das (z. B. bei Kalksteinbrüchen u. dgl.) grösstenteils ungenutzt abgeleitet wird; man pumpt es nur deshalb ab, um an das unter der Wasseroberfläche liegende, abzubauende Gestein heranzukommen. Der grösste Teil des Wassers (90 %) wird nur "genutzt" (z. B. als Kühlwasser usw. verwendet) und hernach abgeleitet, während nur der nicht abgeleitete Rest von ca. 9 Mill. cbm (10 %) im eigentlichen Sinne "verbraucht" wird; d. h. verdunstet, versickert oder in die Erzeugnisse eingeht. Im gewöhnlichen Sprachgebrauch bezeichnet man meist das Wasseraufkommen als "Wasserverbrauch".

Das gesamte Wasseraufkommen bei den Industriebetrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten betrug im Jahre 1959 104 Mill. cbm, das ist nur um 4 Mill. cbm (= 4%) mehr als bei der letzten Erhebung im Jahre 1957.

Vom Gesamtaufkommen entfielen 78 Mill. cbm (= 76%; 1957 waren es 74%) auf die allgemeine Industrie und 25 Mill. cbm (= 24%; 1957 waren es 26%) auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Der Verbrauch der allgemeinen Industrie hat also um fast 5 Mill. cbm (+ 6%) zu-, der der Nahrungs- und Genußmittelindustrie um knapp 1 Mill. cbm (- 3%) abgenommen. Von der allgemeinen Industrie entfallen auf die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (einschl. Bergbau) 60%, auf die Investitionsgüterindustrien 10% und auf die Verbrauchsgüterindustrien 7% des gesamten Wasseraufkommens.

Die Hälfte des gesamten Wasseraufkommens (1957: 54%) wurde durch Eigenförderung aus Grundwasser und Quellen, etwa 42% (39%) aus Flüssen, Seen und Teichen (einschließlich aufgefangenem Regenwasser) gewonnen und rund 8% (7%) durch Fremdbezug gedeckt. Die Veränderung der Anteile der einzelnen Wasserherkunftsarten bewegt sich nur in verhältnismäßig engen Grenzen. Immerhin hat die allgemeine Industrie gegenüber 1957 relativ weniger (- 4 Punkte) aus Grundwasser und Quellen und relativ mehr (+ 3 Punkte) aus Flüssen, Seen,

1) hier und an den folgenden entsprechenden Stellen siehe auch: Wirtschaft und Statistik 1960, Heft 6, S. 353 ff.

Tab. I Wasseraufkommen ausgewählter Industriezweige

	Eigenförderung aus			Wasseraufkommen	
	Grundwasser und Quellen	Flüssen, Bächen, Seen, Teichen und aufgefanganem Regenwasser	Fremdbezug	insgesamt	Veränderung gegen 1957
	1957				
Gesamte Industrie	53,8	38,5	7,5	99,8	x
	1959				
Gesamte Industrie	52,0	42,8	8,7	103,6	+ 4
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (einschl. Bergbau) darunter	22,4	36,8	2,5	61,7	+ 5
Sand-/Kiesindustrie	0,7	6,3	-	7,0	.
Zementindustrie	8,3	2,9	-	11,2	.
Hochofenwerk	2,3	4,5	-	6,8	- 40
Chemie	4,3	0,9	0,9	6,1	+ 35
Mineralölverarbeitung	2,8	1,3	0,1	4,2	+ 5
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	0,3	0,7	0,3	1,3	+ 18
Papierherzeugung	1,9	18,7	0,7	21,2	+ 13
Investitionsgüterindustrie darunter	5,9	1,9	1,8	9,5	+ 22
Maschinenbau	0,9	1,3	0,5	2,7	+ 232
Schiffbau	4,6	0,6	0,3	5,4	+ 6
Verbrauchsgüterindustrie darunter	4,6	0,7	1,8	7,0	+ 0
Lederherzeugung	2,4	0,6	0,2	3,1	- 14
Textilindustrie	1,3	-	0,5	1,9	.
Nahrungs- und Genußmittelindustrie darunter	19,1	3,6	2,6	25,3	- 3
Zuckerindustrie	1,4	1,5	-	3,0	+ 17
Süßwarenindustrie	3,6	-	0,4	4,0	+ 122
Molkereien und Käseereien	5,7	0,1	0,4	6,2	- 27
Fleisch verarbeitende Industrie	1,6	-	0,2	1,8	+ 6
Kaffee und Tee verarbeitende Industrie	1,7	0,1	0,1	1,9	+ 28
Obst und Gemüse verarbeitende Ind.	0,7	0,6	0,2	1,5	+ 8
Brauereien und Mälzereien	1,0	-	0,1	1,1	+ 11
Alkoholbrennereien	1,2	-	0,1	1,3	- 13

Teichen usw. entnommen. Bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie gehen die Veränderungen der Anteile nicht über 1 Punkt hinaus.

Bei den Vergleichen des Wasserverbrauchs, und zwar sowohl zeitlich als auch innerhalb der einzelnen Obergruppen oder der Zweige untereinander ist zu beachten, daß für die Unterschiede bzw. Veränderungen der Werte meist mehrere Faktoren maßgebend sind, diese sich aber nicht immer einzeln feststellen und abgrenzen lassen. So muß z. B. eine Zunahme des gesamten Wasserverbrauchs nicht einfach nur mit der Steigerung der Produktion zusammenhängen, sondern kann auch durch eine Veränderung des Produktionsverfahrens (Umfang der Vorleistungen) bedingt sein. Solche Ver-

schiebungen sind z. B. im Industriezweig chemische Industrie möglich, weil hier die verschiedensten Fertigungen - wasserintensive und nichtwasserintensive Verfahren - zusammengefaßt sind, die sich im Laufe der letzten beiden Jahre verschieden entwickelt haben können. Auch die Verschiebung in der Zuordnung zur "hauptbeteiligten Industriegruppe" von einzelnen Betrieben kann eine erhebliche Rolle spielen; der Wasserverbrauch wird nämlich zwangsläufig jeweils für die örtliche Einheit, also für den ganzen Betrieb erfragt. Es kommt nun vor, daß entweder die Zuordnung wechselt, oder daß wasserintensive Nebenfertigungen dazukommen. Letzteres gilt in Schleswig-Holstein z. B. für den Industriezweig Kaffee- und Teeverarbeitung, der selbst zwar verhältnismäßig wenig Wasser benötigt, zu dem aber infolge der Zuordnung nach dem Schwerpunkt ein Betrieb mit umfangreicher Dauermilchherstellung - einer wasserintensiven Fertigung - gehört. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch bei der Süßwarenindustrie, die vielfach mit Obst- und Gemüseverarbeitung gekoppelt ist.

Unter solchen Voraussetzungen besitzen Vergleiche der Verbrauchszahlen, wenn sie über Gesamtwerte hinaus in Details gehen, nur beschränkten Wert, sofern nicht Einzelheiten angegeben werden können.

71% (= 74 Mill. cbm) des gesamten Wasseraufkommens wurden von 8 Industriezweigen, und zwar Papierherzeugung, Steine/Erden, Hochofenwerke, chemische Industrie, Molkereien und Käseereien, Schiffbau, Mineralölverarbeitung und Süßwarenindustrie, verbraucht.

Die stärkste Zunahme unter den Industriezweigen mit größerem Wasserverbrauch gab es beim Maschinenbau (+ 232%). Diese Steigerung ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen, indem sowohl fabrikationstechnisch als auch für Belegschaftszwecke (Verbesserung der hygienischen Verhältnisse) erheblich mehr Wasser verbraucht wurde als im Jahre 1957. Aber auch methodische Gründe spielten eine Rolle; so sind bei der Erhebung für 1959 einige Betriebe wegen Veränderung ihres Schwerpunktes dem Industriezweig Maschinenbau neu zugeordnet worden. - Mehr als verdoppelt hat sich auch der Wasserverbrauch der Süßwarenindustrie; er stieg von rund 1,8 auf 4 Mill. (+ 122%). Hier tritt einer der vorerwähnten, leicht zu Fehlurteilen führenden Umstände in Erscheinung, indem einigen Süßwarenbetrieben Obst und Gemüse verarbeitende Betriebe angegliedert sind, bei denen zwar nicht der Schwerpunkt des jeweiligen Unternehmens liegt, die aber doch wegen ihrer Wasserintensität die Wasserverbrauchszahlen nach oben treiben und sie entsprechend dem jeweiligen Produktionsprogramm mehr oder weniger verändern. Ähnliches gilt für die Kaffee-/Teeverarbeitung

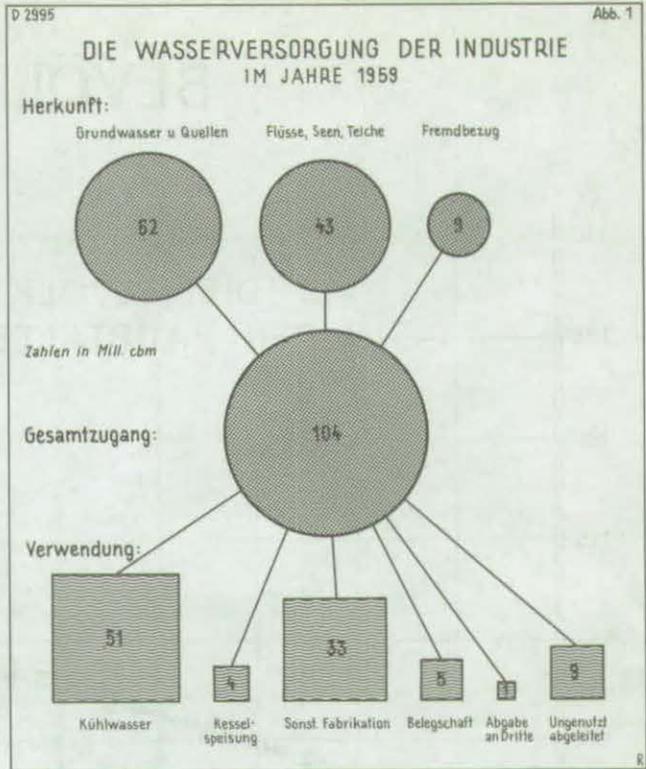
(+ 28%), worauf ebenfalls bereits hingewiesen wurde. Bei der Papiererzeugung (+ 13%), der Industrie Steine/Erden (+ 17%), darunter in erster Linie der Zementerzeugung - und der chemischen Industrie (+ 35%) sind die erheblichen Zunahmen wahrscheinlich eine Folge der erhöhten Produktion, zum Teil aber sicher auch veränderter Produktionsverfahren.

Überdurchschnittlich große Zunahmen des Wasserverbrauchs gab es auch bei der Eisen-, Stahl- und Tempergießerei (+ 18%), Brauerei/Mälzerei (+ 11%), für die jedoch die Gründe nicht bekannt sind. -

Den stärksten Rückgang des Wasserverbrauchs (- 40%) unter den Industriezweigen mit größerem Bedarf wies das Hochofenwerk aus. Diese Entwicklung ist die Folge einer tiefgreifenden Neuordnung und Rationalisierung der gesamten Wasserwirtschaft dieses großen Betriebes. - Der Minderverbrauch der Molkereien (- 27%) dürfte in der Hauptsache auf die geringere Anzahl der erfaßten Betriebe zurückzuführen sein.

Woher ein Industriebetrieb das benötigte Wasser nimmt, hängt nicht allein von den örtlichen Verhältnissen ab, sondern im wesentlichen von den Anforderungen, die das jeweilige Fabrikationsverfahren oder der Verwendungszweck an die Qualität des Wassers stellt. So ist, um nur einige Beispiele anzuführen, ein Wasser mit hohem Kalk-, Gips- und Magnesiumgehalt wegen der großen Menge der Rückstände bei der Verwendung für viele Fertigungen, besonders aber als Kühl- oder Kesselspeisewasser nicht ohne weiteres verwendbar. Bei der Textilindustrie und der Papierherstellung darf der Gehalt an Eisen, Mangan und Chlor nur sehr gering sein. Ferner darf das Wasser fast stets keine Säuren, Laugen, Bakterien oder organische Stoffe enthalten, was bei der Wassergewinnung aus Seen, Teichen, Flüssen u. dgl. nur durch eine meist recht kostspielige Reinigung und Aufbereitung erreicht werden kann.

Aus all diesen Gründen ist es nicht verwunderlich, daß die Hälfte (52 Mill. cbm) des gesamten Wasseraufkommens aus dem hochwertigen Grundwasser und Quellen stammt oder anders gesehen: 62% des bei der Investitionsgüterindustrie (besonders im Schiffbau), 66% des bei den Verbrauchsgüterindustrien (besonders bei der Ledererzeugung) und sogar 75% des bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien (besonders bei Molkereien und bei der Süßwarenindustrie) verbrauchten Wassers aus Grundwasser und Quellen entnommen wurden. Bei der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie hingegen überwiegt (60%) das Wasser aus Flüssen, Seen, Teichen usw., was auf die in mancher Hinsicht geringeren Ansprüche der Papiererzeugung, der Sand- und Kiesgruben, des Hochofenwerkes



und der Zementerzeugung an die Wasserqualität zurückzuführen ist.

Aus dem öffentlichen Leitungsnetz (= Fremdbezug) entnahm die Verbrauchsgüterindustrie 25% ihres Gesamtbedarfs und die Investitionsgüterindustrie 19% ihres Gesamtbedarfs. Dabei entfallen die größten absoluten Mengen auf die chemische Industrie mit 0,9 bzw. auf die Papiererzeugung mit 0,7 Mill. cbm Wasser.

Die "Nutzung" von Wasser aus dem Aufkommen gibt an, wieviel Wasser in den Betrieben selbst genutzt worden ist; die genutzte Wassermenge wird also um die ungenutzt abgeleitete und die an Dritte abgegebene Wassermenge kleiner sein als das Wasseraufkommen. Das Wasser der in vielen Industriebetrieben vorhandenen Kreislaufsysteme ist hierin nur zu einem geringen Teil (und zwar nur die zur Ergänzung neu zugeleitete Menge) enthalten. Es muss jedoch auch noch die Wassermenge berücksichtigt werden, die sich im Kreislauf bewegt (umgewälzt wird) und die infolge ihrer wiederholten Verwendung die Neuzuleitung erheblicher Wassermengen erspart.

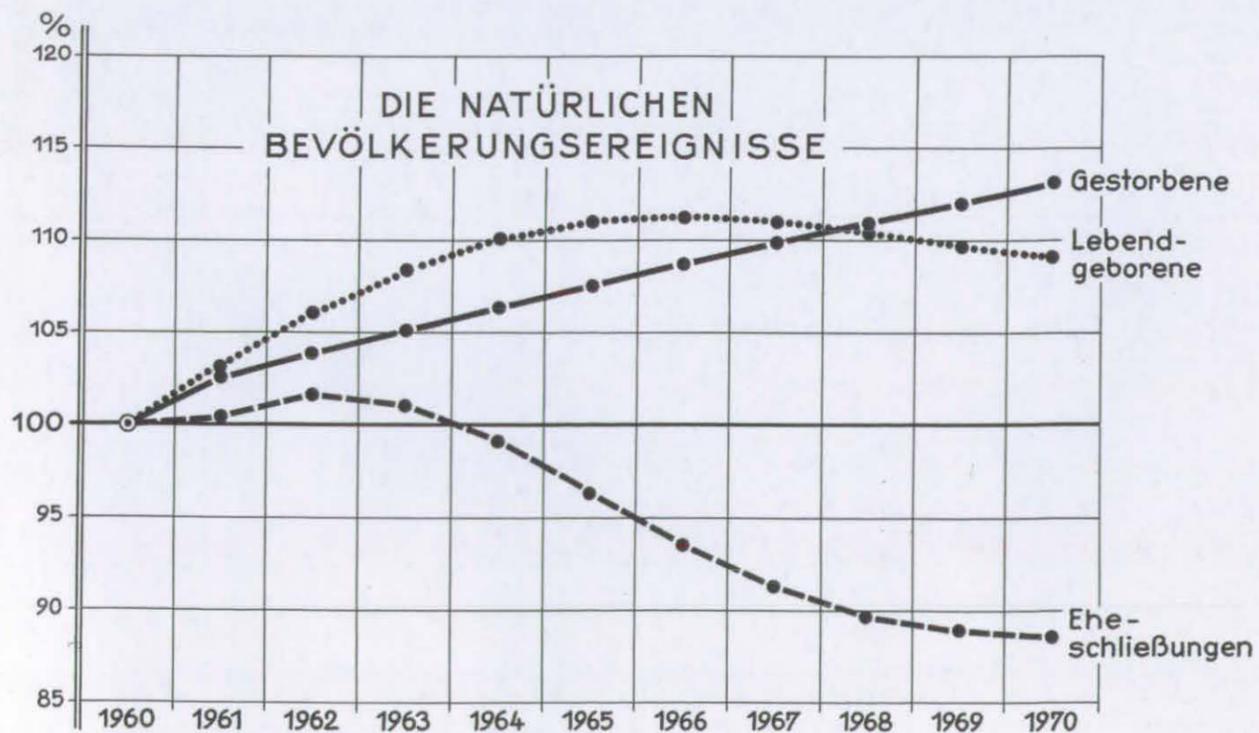
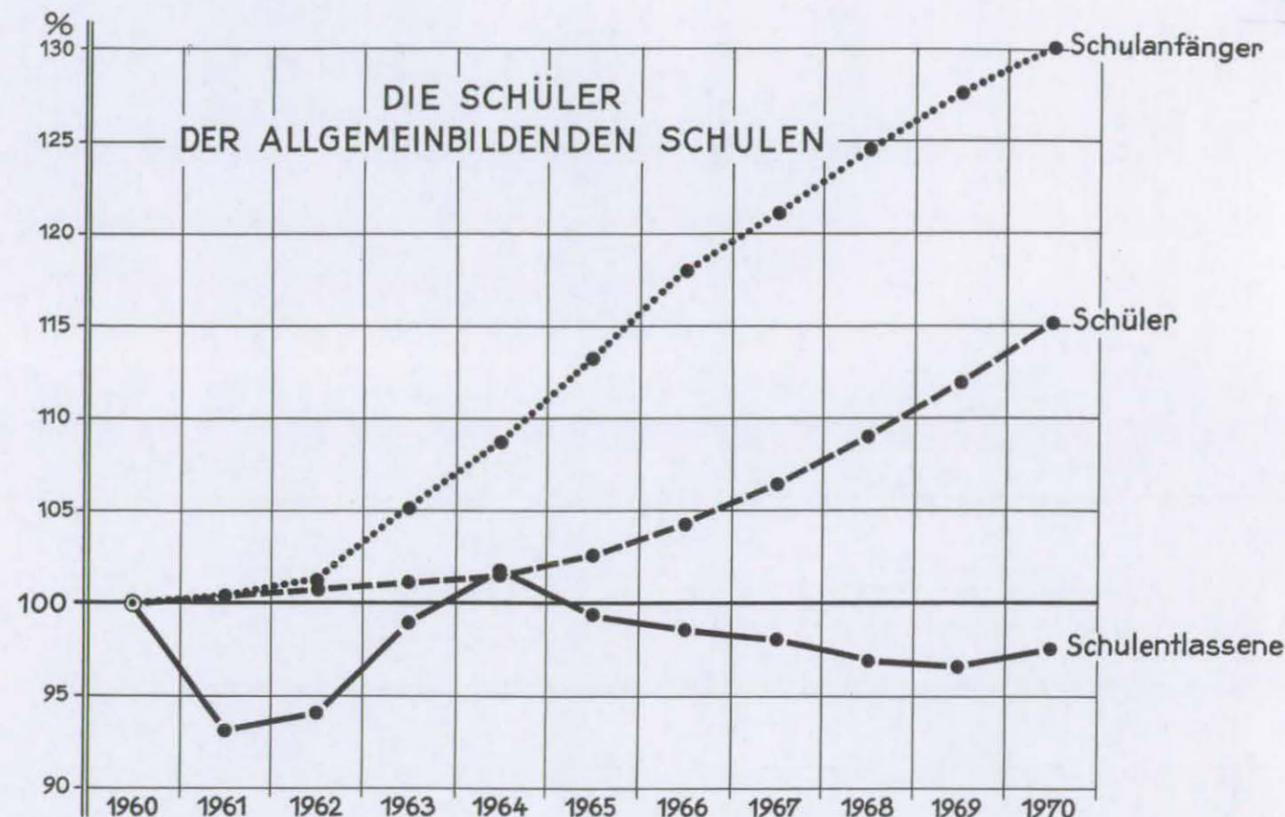
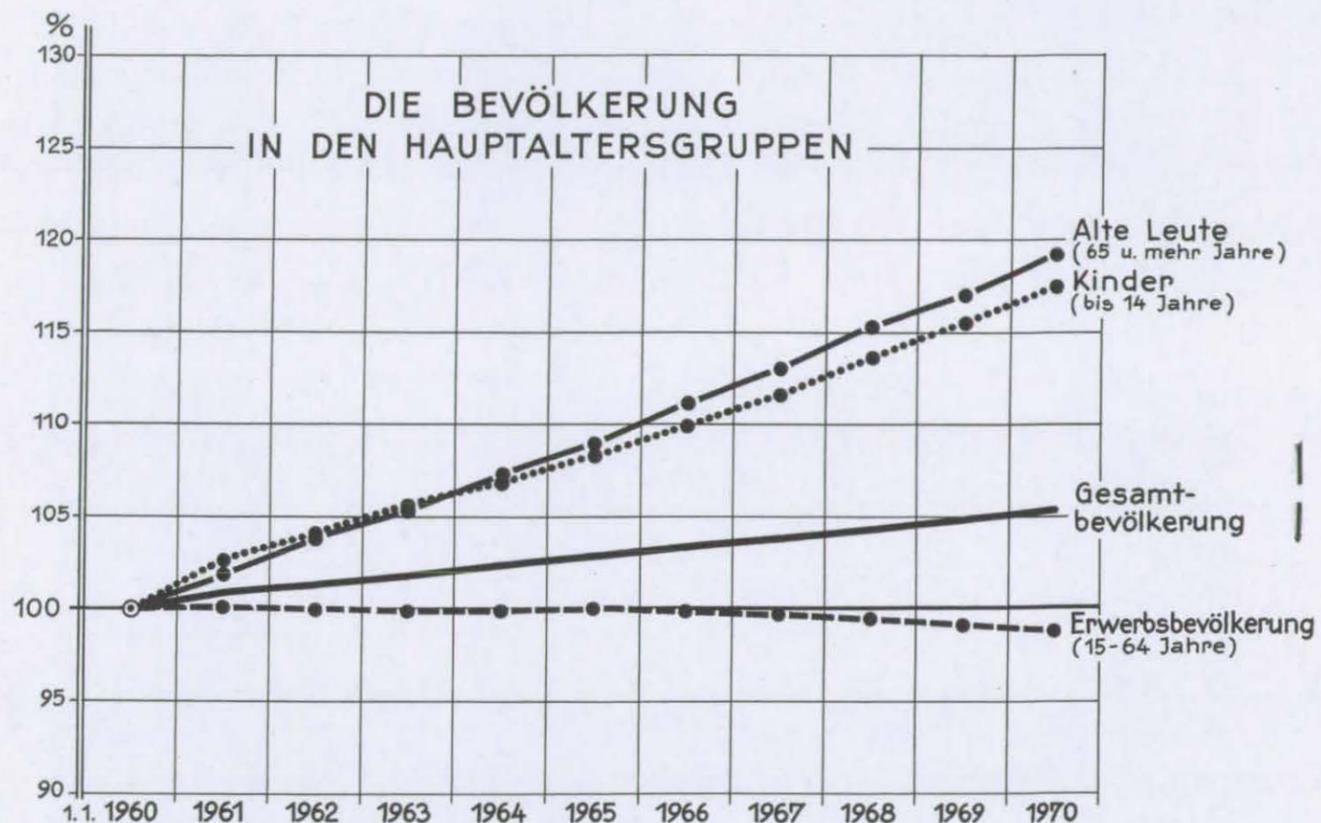
Die im Jahre 1959 insgesamt genutzte Wassermenge betrug 93,6 Mill. cbm, was gegenüber 1957 einer Zunahme von 7% entspricht. Über die Hälfte (55%) davon entfallen auf die Nutzung als Kühlwasser, über ein Drittel (35%) auf die Nutzung als sonstiges Fabrikationswasser.

Unter "sonstiges Fabrikationswasser" wird alles genutzte Wasser ausser Kühl-, Kesselspeisewasser und Brauchwasser für Belegschaft verstanden. Als "sonstiges Fabrikationswasser" wird sowohl das Wasser angesehen, das z. B. bei den Brauereien in das Erzeugnis eingeht, als auch das, welches z. B. bei Molkereien für Reinigungszwecke (Flaschenspülen u. dgl.) verwendet wird.

Kesselspeisewasser (4%) und Brauchwasser für Belegschaft (5%) besitzen nur untergeordnete

BEVÖLKERUNGSAHLEN IN DEN KOMMENDEN ZEHN JAHREN

— MESSZIFFERN AUF DER BASIS 1960=100 —



Die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins wird in den kommenden zehn Jahren voraussichtlich zunehmen. Die Graphik links oben zeigt, daß die Bevölkerungszahl des Landes 1970 um 5% höher sein wird als 1960. Dabei ist zu beachten, daß diese Berechnung nicht die Wanderungen über die Landesgrenzen berücksichtigt, die kaum in den Griff zu bekommen sind. Es wurden nur die natürlichen Bevölkerungsergebnisse, das Sterben und das Geborenwerden, berücksichtigt. - Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins wird sich in den kommenden Jahren in ihrer Struktur verändern. Die Zahl der Kinder und noch mehr die Zahl der alten Leute werden zunehmen, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird dagegen zahlenmäßig leicht zurückgehen. Die folgende Tabelle zeigt die Grundzahlen (in 1 000), die den Meßziffern in der Graphik zugrunde liegen:

(1. Januar)	Bevölkerung insgesamt	Kinder	Erwerbsbevölkerung	Alte Leute
1960	2 290	475	1 518	297
1965	2 355	515	1 517	324
1970	2 413	558	1 500	354

Die Graphik links unten zeigt, daß in den Jahren 1961 bis 1963 voraussichtlich mehr Ehen geschlossen werden als 1960 und daß nach 1963 die jährliche Zahl der Eheschließungen abnehmen wird. Dabei ist vorausgesetzt, daß sich die "Ehefreudigkeit" - ausgedrückt durch altersspezifische Eheschließungsziffern - nicht verändern wird. - Die vielen jungen Ehen der letzten Jahre lassen ein Ansteigen der Geburtenzahl erwarten wie es in dem Verlauf der Kurve für die Lebendgeborenen zum Ausdruck kommt. Die Zahl der Geborenen wird danach in allen Jahren bis 1970 höher sein als 1960. - Die Zahl der Gestorbenen wird entsprechend den Geburten der heutigen Bevölkerungsstruktur zunehmen. Die relativ hohe altersspezifische Sterblichkeit der alten Menschen führt wegen des wachsenden Anteils der über 65jährigen an der Bevölkerung zu einer steigenden allgemeinen Sterbeziffer und auch zu einer immer höheren Zahl von Sterbefällen.

Jahr	Eheschließungen	Lebendgeborene - in 1 000 -	Gestorbene
1960	21,8	37,8	27,7
1965	21,0	42,0	29,8
1970	19,3	41,2	31,3

Die Zahl der Schüler in allgemeinbildenden Schulen, die in den letzten Jahren rückläufig war, nimmt langsam wieder zu. Sie wird in diesem Jahrzehnt von rund 288 000 auf etwa 331 000 Schüler ansteigen. Hierbei sind die Schüler der privaten Schulen und der Sonderschulen nicht einbezogen. In den kommenden Jahren wird es wesentlich mehr Schulanfänger geben als Ostern 1960. Das hängt damit zusammen, daß wieder stärker besetzte Geburtsjahrgänge in das schulpflichtige Alter hineinwachsen. Auch die Zahl der Schulentlassenen wird sich, nachdem der tiefste Stand 1960 überwunden ist, wieder erhöhen.

Tab. 2

Wassernutzung ausgewählter Industriezweige (ohne Kreislaufwasser)

	Nutzung als				Wassernutzung		Wasser- verwendung insgesamt
	Kühl- wasser	Kessel- speise- wasser	sonst. Fabrika- tions- wasser	Brauch- wasser für Beleg- schaft	zu- sam- men	Abgabe an Dritte und ungenutzt abgeleitet	
Mill. cbm							
	1957						
Gesamte Industrie	43,5	3,6	37,4	3,3	87,8	12,0	99,8
	1959						
Gesamte Industrie	51,2	3,9	33,1	5,3	93,6	10,0	103,6
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	31,6	1,9	18,1	0,8	52,3	9,4	61,7
darunter Sand-/Kiesindustrie	-	-	7,0	-	7,0	-	7,0
Zementindustrie	2,3	0,1	0,7	0,1	3,1	8,1	11,3
Hochofenwerk	4,2	0,1	2,0	0,2	6,5	0,2	6,8
Chemie	4,5	0,2	1,0	0,1	5,7	0,4	6,1
Mineralölverarbeitung	2,9	0,7	0,5	0,1	4,2	-	4,2
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	0,8	-	0,3	0,1	1,3	-	1,3
Papierherzeugung	15,1	0,5	5,5	0,1	21,1	0,1	21,2
Investitionsgüterindustrie	3,8	0,2	1,9	3,3	9,2	0,3	9,5
darunter Maschinenbau	1,7	0,1	0,4	0,5	2,7	-	2,7
Schiffbau	1,8	0,1	0,8	2,5	5,1	0,3	5,4
Verbrauchsgüterindustrie	0,6	0,4	5,5	0,4	7,0	-	7,0
darunter Lederherzeugung	0,1	0,1	2,9	0,1	3,1	-	3,1
Textilindustrie	0,2	0,2	1,5	0,1	1,9	-	1,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	15,2	1,4	7,6	0,9	25,1	0,2	25,3
darunter Zuckerindustrie	2,6	-	0,4	-	3,0	-	3,0
Süßwarenindustrie	2,0	0,5	1,3	0,2	4,0	-	4,0
Molkereien und Käseereien	4,1	0,3	1,7	0,1	6,2	-	6,2
Fleisch verarbeitende Industrie	0,9	0,1	0,8	-	1,8	0,1	1,8
Kaffee und Tee verarbeitende Industrie	1,3	0,1	0,2	0,3	1,9	-	1,9
Obst und Gemüse verarbeitende Industrie	0,7	0,1	0,7	-	1,5	-	1,5
Brauereien und Mälzereien	0,5	0,1	0,6	-	1,1	-	1,1
Alkoholbrennereien	0,9	0,1	0,3	-	1,3	-	1,3

Bedeutung. Verglichen mit 1957 hat sich das Schwergewicht der Wassernutzung auf Kosten des sonstigen Fabrikationswassers (- 6 Punkte) nach dem Kühlwasser (+ 5 Punkte) verschoben. Auch der Anteil des Brauchwassers für Belegschaft ist um 2 Punkte gestiegen. Bei einer Gliederung nach Industrieobergruppen zeigt sich, daß allein auf die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrie zusammen 92% der gesamten Kühlwassermenge und 77% des sonstigen Fabrikationswassers entfallen.

Zu erwähnen wäre noch die ungenutzt abgeleitete und die an Dritte abgegebene Wassermenge. Beim ungenutzt abgeleiteten Wasser - insgesamt rund 9 Mill. cbm - das, abgesehen von ganz unbedeutenden Mengen, allein bei der Zementindustrie anfällt, handelt es sich um Wasser, das aus Kalkbrüchen abgepumpt werden muß, damit man den Kalkstein abbauen kann. - Die an Dritte abgegebene Wassermenge (1 Mill. cbm) ist im ganzen gesehen ohne Belang.

Besondere Bedeutung hingegen kommt der Verwendung von Kreislaufwasser, d. h. der Nutzung von Wasser in geschlossenen innerbetrieblichen Kreislaufsystemen zu, da sie sehr wesentlich dazu beiträgt, den Wasserbedarf der Industriebetriebe zu vermindern und in wirtschaftlichen Grenzen zu halten. Aller-

dings ist die Einrichtung eines Kreislaufsystems nur für bestimmte Zwecke möglich, so vor allem für Kühlzwecke (Dampfkondensatoren, Kühlung von Hochöfen oder Öfen der chemischen Industrie oder der Mineralölverarbeitung usw.) und auch zur Reinigung von Erzeugnissen oder Anlagen. Das als Kühlwasser verwendete Kreislaufwasser läuft dabei verhältnismäßig schnell in dem System um (bis zu 8 mal in der Stunde), während Wasser zur Reinigung oft nur 3 - 4 mal in der Woche umläuft, also einen wesentlich niedrigeren "Umwälzfaktor" hat. Von den insgesamt 1 472 wasserverbrauchenden Betrieben Schleswig-Holsteins arbeiten 83 mit Kreislaufwasser, und zwar sind hier im Durchschnitt rund 62 000 cbm im Umlauf, die bei einem jährlichen Umwälzfaktor von 1 722 einer jährlich genutzten Wassermenge von 107 Mill. cbm entsprechen; das bedeutet also - bei

Tab. 3 Kreislaufwasser

Verwendung	Im Kreislauf		
	durchschnittl. vorhandene Wassermenge	jährlich genutzte Wassermenge	
	cbm	Mill. cbm	%
Kühlwasser	18 691	95,5	90
Kesselspeisewasser	6 557	4,5	4
Sonst. Fabrikationswasser	36 712	6,7	6
Brauchwasser für Belegschaft	10	-	-
Insgesamt	61 970	106,7	100

Berücksichtigung der neu zugeführten Wassermenge von rund 4 Mill. cbm - eine Einsparung von 103 Mill. cbm Wasser pro Jahr.

Der weitaus größte Teil der im Kreislauf jährlich genutzten Wassermenge (90%) wird als Kühlwasser verwendet.

Hiervon entfallen allein auf die drei Industriezweige: Mineralölverarbeitung (47%), Hochofenwerke (23%) und Papiererzeugung (17%) zusammen 87%. Demgegenüber steht ein Anteil der von der gesamten Nahrungs- und Genussmittelindustrie jährlich genutzten Kreislaufwassermengen von nur 3%.

In welchem Verhältnis die Menge des genutzten Kreislaufwassers zu der gesamt genutzten Wassermenge bei den wichtigsten Industriezweigen steht, zeigt die Tabelle 4.

Tab. 4 Anteil des genutzten Kreislaufwassers an der Gesamtnutzung

	Wassernutzung	Im Kreislauf jährlich genutzte Wassermenge	Gesamte Wassernutzung	Anteil des Kreislaufwassers
				%
Gesamte Industrie	93,6	106,7	200,3	53
darunter				
Mineralölverarbgt.	4,2	50,4	54,6	92
Kalksandsteinind.	0,3	2,3	2,6	89
Hochofenwerk	6,5	25,0	31,5	79
Papiererzeugung	21,1	17,7	38,8	46
Zuckerindustrie	3,0	2,0	5,0	40
Gesamte Nahrungs- und Genussmittelindustrie	25,1	3,7	28,8	13

Aus diesen wenigen Anteilzahlen geht mit aller Deutlichkeit hervor, welche große Bedeutung der Verwendung von Kreislaufwasser im Rahmen der Wasserwirtschaft zukommt.

Es wäre sehr interessant und wertvoll, für die einzelnen Industriezweige feststehende, von ihrer Größe (Betriebs- bzw. Beschäftigtenzahl) unabhängige, also spezifische Kennziffern für die Wassernutzung zu ermitteln.

Hierzu müßte aber die Wassernutzung an einer für alle Industriezweige gemeinsamen Bezugsgröße gemessen werden. Als solche Bezugsgröße bietet sich z. B. der Nettoproduktionswert an. Leider liegen aber nur für 1950 die letzten ermittelten Nettoproduktionswerte vor, deren Fortschreibung über 9 Jahre hinweg - und zwar gerade die Jahre nach 1950 mit ihren tiefgreifenden Veränderungen in den Industriebetrieben - doch für die Errechnung der spezifischen Wassernutzung bedenklich erscheint. Eine andere häufig benutzte Bezugsgröße ist die Beschäftigtenzahl. Auch diese Methode bringt u. a. wegen der unterschiedlichen Lohn- oder Kapitalintensität der Industriezweige oft unbefriedigende Ergebnisse. Immerhin schien es zweckmäßiger, die Wassernutzung trotz aller

Tab. 5 Spezifische Wassernutzung

Industriezweig	Genutzte Wassermenge (einschl. Kreislaufwasser)		
	in Mill. cbm	in %	in cbm je Beschäftigten
Mineralölverarbeitung	54,6	27	22 000
Hochofenwerk	31,5	16	16 300
Papiererzeugung	38,8	19	16 200
Sand-/Kiesindustrie	7,7	4	12 200
Zuckerindustrie	5,0	3	8 100
Alkoholbrennereien	1,3	1	5 570
Brauereien und Mälzereien	2,0	1	2 280
Kalksandsteinindustrie	2,6	1	2 100
Molkereien und Käseereien	6,3	3	2 120
Kaffee und Tee verarbeitende Industrie	2,1	1	1 530
Zementindustrie	3,5	2	1 490
Ledererzeugung	3,1	2	1 330
Chemie	5,9	3	1 070
Obst und Gemüse verarbeitende Industrie	1,5	1	1 040
Süßwarenindustrie	4,1	2	730
Fleisch verarbeitende Industrie	1,8	1	570
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	1,3	1	240
Schiffbau	5,8	3	210
Textilindustrie	2,1	1	190
Maschinenbau	2,7	1	140
Übrige	16,5	8	.
Gesamte Industrie	200,3	100	1 170

bestehenden Problematik auf die Beschäftigtenzahl zu beziehen. Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß die angeführten spezifischen Nutzungszahlen - sie beziehen auch die im Kreislauf genutzten Wassermengen mit ein - nur als Größenordnungen anzusehen sind.

Tabelle 5 zeigt, daß die höchste spezifische Gesamtnutzung in der Mineralölverarbeitung (22 000 cbm/Beschäftigte), beim Hochofenwerk



(16 300), bei der Papiererzeugung (16 200), bei der Sand-/Kiesindustrie (12 200) auftritt. Bei diesen Zweigen liegen 66% der gesamtgenutzten Wassermenge der Industrie.

Für die Wasserwirtschaft des ganzen Landes ist es natürlich wichtig zu wissen, wieviel Wasser aus den verschiedenen Einzugsgebieten laufend von der Industrie entnommen wird.

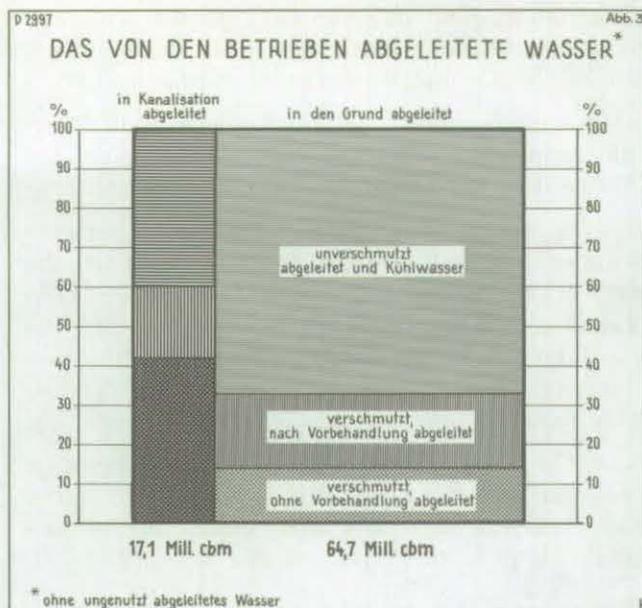
Unter "Einzugsgebiet" versteht man das Entwässerungsgebiet eines Flusses mit all seinen Nebenflüssen. Das Einzugsgebiet wird durch oberirdische Wasserscheiden oder unterirdisch durch wasserspeichernde Gesteine begrenzt.

Diese Kenntnis ermöglicht es, in Verbindung mit den hydrographischen und geologischen Unterlagen die hinsichtlich der Wasserversorgung günstigsten Standorte, z. B. für neu zu gründende Industriebetriebe anzugeben.

In Schleswig-Holstein unterscheidet man 2 Haupteinzugsgebiete, von denen das südliche (2) in der Hauptsache durch die Stör und Elbe begrenzt wird; der übrige (nördliche) Teil des Landes gehört zum Haupteinzugsgebiet 1 (s. Abb. 2).

Die beiden Haupteinzugsgebiete werden nicht all zu unterschiedlich beansprucht; 56% des Wasseraufkommens entfällt auf Gebiet 1, 44% auf Gebiet 2.

Für die allgemeine Wassersituation ist auch die Menge des abgeleiteten Wassers, ferner ob es vorbehandelt, nicht vorbehandelt, verschmutzt oder unverschmutzt und ob es unmittelbar in den Grund oder in die öffentliche (oder verbandseigene) Kanalisation abgeleitet wird, von Bedeutung. Insgesamt sind 91 Mill. cbm Wasser abgeleitet worden. 12 Mill. cbm (12%) vom Wasseraufkommen (ohne an Dritte abgegebene Mengen) "verschwanden", d. h. sie versickerten, verdunsteten oder gingen in die Erzeugnisse ein. Von dem abgeleiteten Wasser (91 Mill. cbm) wurde der größte Teil, nämlich 81%, unmittelbar in den Grund geleitet, während der Rest von 19% in die öffentliche oder verbandseigene Kanalisation floß. Innerhalb



Tab. 6 Abgeleitete Wassermenge

	In öffentliche Kanalisation abgeleitetes Wasser		Unmittelbar abgeleitetes Wasser	
	Mill. cbm	%	Mill. cbm	%
Kühlwasser vorbehandelt	6,6	38	40,9	56
ohne Vorbehandlung	3,0	17	12,2	17
unverschmutzt	7,2	42	9,1	12
verschmutzt	0,3	2	2,5	3
ungenutzt	0,1	1	8,9	12
Insgesamt	17,3	100	73,6	100

der einzelnen Industriezweige sind diese Werte jedoch recht unterschiedlich.

Der größte Teil des in die Kanalisation abgeleiteten Wassers (42%) war verschmutzt (unbehandelt), nur 17% vorbehandelt. Auch von der unmittelbar in den Grund abgeleiteten Wassermenge waren 17% vorbehandelt, hingegen nur 12% verschmutzt. 56% des unmittelbar abgeleiteten Wassers und 38% des in die Kanalisation geflossenen Wassers waren Kühlwasser.

Dipl.-Ing. Erich Hirschbrich

Studierende an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel

- Ergebnisse der Großen Hochschulstatistik vom Wintersemester 1960/61 -

Im Wintersemester 1960/61 waren an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel 5 025 Studenten (ohne Beurlaubte und Gasthörer) immatrikuliert. So hoch ist die Studentenzahl bisher in keinem Wintersemester gewesen. Im Winter 1959/60 hatte sie noch 4 498 betragen. Dabei ist zu beachten, daß die hiesige Universität eine

"Sommeruniversität" ist, die im Sommer mehr Studenten hat als im Winter. Die Universität hatte im Sommer 1960 bereits rund 5 700 und im Sommer 1961 sogar über 6 000 Hörer.

Von den Studenten des letzten Winters waren 4 538 Deutsche und 487 Ausländer. Die Zahl

Tab. 1 Die Studierenden an der Universität in Kiel im Wintersemester 1960/61

Fakultät	Studierende ¹		
	insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer
Theologische	102	100	2
Rechts- und Staatswissen- schaftliche	1 135	1 107	28
Medizinische	1 258	889	369
Philosophische	2 409	2 346	63
Landwirtschaftliche	119	94	25
Insgesamt	5 025 ^a	4 538 ^a	487
darunter weiblich	1 235	1 183	52

1) ohne Beurlaubte und Gasthörer a) darunter 2 Studierende ohne Angabe

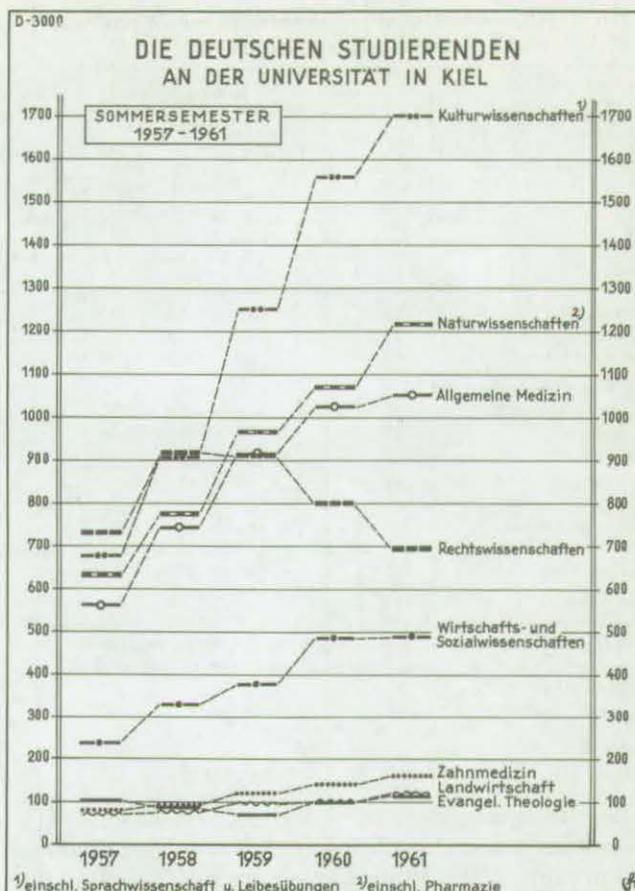
der ausländischen Studenten ist von Semester zu Semester größer geworden.

Die deutschen Studenten

Von den deutschen Studenten des Winters 1960/61 hatten fast zwei Drittel ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein; 22% waren sogar in Kiel zu Hause. Andererseits hat sich gezeigt, daß von den Studenten, die in der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) eine Hochschule besuchen und ihren ständigen Wohnsitz - nicht ihren studienbedingten Aufenthaltsort - in Schleswig-Holstein haben, nur etwa 30 bis 40% auch in Schleswig-Holstein studieren. Das mag zum Teil daran liegen, daß es in Schleswig-Holstein nur eine Universität gibt, aber weder eine Technische Hochschule noch eine Kunst-, Musik- oder Sporthochschule.

Der Zustrom zur Universität ist in den letzten Jahren beachtlich hoch gewesen. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß jetzt die Jugendlichen aus den besonders stark besetzten Geburtsjahren 1938 bis 1941 im studienfähigen Alter sind. So waren z. B. im Sommer 1959 und auch im Sommer 1960 rund 20% der Studenten Studienanfänger. Daß die Zahl der Studienanfänger im Winter 1960/61 dagegen nur 4% betrug, hängt lediglich damit zusammen, daß die jungen Menschen heute im allgemeinen ihr Studium - meistens unmittelbar nach bestandenerm Abitur - im Sommer beginnen. Daher waren auch im letzten Winter die zweiten und vierten Fachsemester besonders stark besetzt. Ein Viertel der Studenten gehörte zu diesen beiden Semestern. Wie sehr der Nachwuchs aus den Geburtsjahren 1938 bis 1941 die Höhe der Studentenzahl beeinflusst, läßt sich auch daran erkennen, daß im Winter 1960/61 fast die Hälfte (46%) der Studenten noch keine 23 Jahre alt war.

Die Zahl der Studentenehen ist nicht groß. Von den Studenten, die im Winter 1960/61 die Uni-



versität besuchten, waren nur knapp 5% verheiratet. Dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren nur unwesentlich verändert.

Auf die Frage nach der überwiegenden Finanzierung des Studiums im Sommersemester 1960 - hierbei sind die Studenten, die damals in der SBZ studierten, nicht einbezogen - nannten fast sechs Zehntel der Studenten Mittel der Eltern. Für 14% der Studenten war - nach ihren eigenen Angaben - das "Honnefer Modell" die Hauptfinanzierungsquelle. 12% erhielten öffentliche Mittel in Form von Renten und verlorenen Zuschüssen, und gleichfalls 12% hatten ihr Studium durch eigene Erwerbstätigkeit finanziert.

Die ausländischen Studenten

Von den 487 ausländischen Studenten des Wintersemesters 1960/61 kam fast ein Drittel aus Norwegen. Die Norweger studierten fast alle Medizin, und zwar 92 Allgemeine Medizin und 67 Zahnmedizin. Die zweitstärkste Gruppe bildeten die Studenten aus dem Iran. Sie interessierten sich vor allem für das medizinische und für das landwirtschaftliche Studium. Die ausländischen Studenten verteilten sich recht unterschiedlich auf die einzelnen Fakultäten. Die Medizinische Fakultät stand mit 369 Ausländern weit an der Spitze.

Tab. 2 Die ausländischen Studierenden an der Universität Kiel im Wintersemester 1960/61

Herkunftsland	Ausländische Studierende	davon in der				
		Theologischen	Rechts- und Staatswissenschaftlichen	Medizinischen	Philosophischen	Landwirtschaftlichen
Norwegen	160	-	-	159	1	-
Iran	101	-	4	73	5	19
Griechenland	40	-	6	26	7	1
Vereinigte Arabische Republik	28	1	-	23	4	-
Irak	18	-	-	17	1	-
Schweden	17	-	-	16	1	-
Finnland	17	-	-	17	-	-
USA	12	-	2	-	10	-
Übrige Länder ¹	94	1	16	38	34	5
Insgesamt	487	2	28	369	63	25
darunter Frauen	52	-	-	37	15	-

1) Hier sind alle Länder zusammengefasst, aus denen weniger als 10 Studierende in Kiel waren. Außerdem sind in dieser Zeile 9 Staatenlose enthalten

Die fünf Fakultäten der Universität

Zur Philosophischen Fakultät, die sowohl Kulturwissenschaften als auch Naturwissenschaften (einschließlich Pharmazie) umfaßt, gehörte fast die Hälfte aller Studenten der Universität. Im Wintersemester 1960/61 waren es 2 346 Deutsche und 63 Ausländer. Von den deutschen Studenten dieser Fakultät hatten rund 60% als Berufsziel "Lehrer an einer höheren Schule" angegeben. Dieser Berufswunsch war bei den männlichen und bei den weiblichen Studierenden fast gleich stark vertreten. Von den Männern wollten 59% und von den Frauen 62% Studienrat werden. Die bevorzugten Studiengebiete waren "Neue Sprachen", "Germanistik" und mit Abstand "Biologie, Botanik, Zoologie".

Die Medizinische Fakultät, auf die rund ein Viertel aller Studenten entfiel, hat die Fachrichtungen Allgemeine Medizin und Zahnmedizin. Für die Fachrichtung Allgemeine Medizin waren im Winter 1960/61 1 026 Studenten eingeschrieben, und zwar 763 Deutsche und 263 Ausländer. Von den deutschen Medizinstudenten erstrebten 30% eine Ausbildung als Facharzt. Während von den deutschen Studenten fast ein Drittel Frauen waren, blieb die Zahl der Ausländerinnen, die in Kiel Medizin studierten, gering. - In der Fachrichtung Zahnmedizin sind die ausländischen Studenten besonders stark vertreten. Von den 232 Zahnmedizinern waren 126 Deutsche und 106 Ausländer, die vor allem aus Norwegen, Schweden und Finnland kamen.

Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät ist die drittgrößte Fakultät, zu ihr gehörte knapp ein Viertel aller Studenten. Im Wintersemester 1960/61 waren es 1 135 Studenten, von denen 715 Rechtswissenschaften und 420 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studierten. Unter den Studenten waren nur 28 Ausländer.

Nur 2% der Studenten zählten zur Theologischen Fakultät. Es handelt sich dabei um evangelische Theologie. Unter den 102 Studenten des Wintersemesters 1960/61 waren zwei Ausländer. Einer kam aus der Schweiz und der andere war Angehöriger der Vereinigten Arabischen Republik.

Die wenigsten deutschen Hörer hatte die Landwirtschaftliche Fakultät. Im Wintersemester 1960/61 waren es nur 94 Studenten. Hinzu kamen noch 25 Ausländer, die fast alle im Iran zu Hause waren.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Vergleiche auch: "Strukturveränderungen der Kieler Studentenschaft seit 1948" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 17 (Januar)

Kurzberichte

Feuerwehr und Brandschäden 1960

Im Jahre 1960 wurden von den Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein 1 437 Brände gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahre 1959 (2 189 Brände) ist damit ein Rückgang von 34% zu verzeichnen. Diese Abnahme der gemeldeten Brände darf jedoch nicht überbewertet werden, da es sich bei dem Jahr 1959 um ein außerordentlich trockenes und niederschlagsarmes Jahr handelte, in dessen Verlauf durch lange Hitzeperioden und häufige Gewitter Brände relativ leicht entstanden.

Tab. 1 Von den Feuerwehren gemeldete Brände

Jahr	Brände insgesamt	davon			
		Großbrände	Mittelbrände	Kleinbrände	Entstehungsbrände
1956	1 099	136	182	383	398
1957	1 163	147	184	361	471
1958	1 092	165	177	313	437
1959	2 189	264	423	902	600
1960	1 437	145	287	535	470

Demgegenüber ist die Zahl der Brände im kalten und niederschlagsreichen Sommer 1960 im

Vergleich zu 1958 - einem Jahr mit ähnlichen Witterungsverhältnissen - um ca. 32% gestiegen. Bemerkenswert ist hier der Rückgang der Großbrände, sowohl auf das Jahr 1959 als auch 1958 bezogen.

Von den insgesamt 1 437 Bränden waren 756 Gebäudebrände, 71 betrafen Kraftfahrzeuge, 18 Schiffe und 7mal waren Wohn- und Erntewagen in Brand geraten. In 585 Fällen mußte die Feuerwehr bei Bränden auf Freiflächen eingreifen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ursachen der Brände in und an Gebäuden und über die Höhe der dadurch entstandenen Schäden.

Tab. 2 Ursachen und Schadenhöhe der Gebäudebrände

Brandursache	Zahl der Brände		Geschätzter Brandschaden in 1 000 DM	
	1959	1960	1959	1960
Blitzschlag	47	27	2 415	1 343
Selbstentzündung	36	30	1 210	1 383
Explosion	12	22	149	333
Bauliche Einrichtungen im Zusammenhang mit Feuerstätten	171	134	1 747	927
Betriebs- und maschinelle Einrichtungen	60	47	1 452	1 045
Elektrische Anlagen	101	112	2 950	2 101
Brandgefährliche Stoffe	26	5	340	-
Sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen	187	205	1 157	1 899
Vorsätzliche Brandstiftung	43	24	4 210	659
Kinderbrandstiftung	58	29	1 034	362
Nicht ermittelt	171	121	990	2 693
Insgesamt	912	756	17 654	12 745

Leider blieben im Jahre 1960 eine Anzahl von größeren Bränden unaufgeklärt. So ist zwar die Zahl der Brände mit unermittelten Brandursachen gesunken, und zwar von 171 im Jahre 1959 auf 121 im Jahre 1960, der geschätzte Brandschaden ist in dieser Zeit jedoch von 990 000 DM auf 2 693 000 DM gestiegen, das entspricht einer Zunahme von 172%. Tabelle 2 veranschaulicht ebenfalls die Tatsache, daß die Mehrzahl der Brände im Jahre 1959 witterungsbedingt war, denn die Brandursachen "Blitzschlag" und "Selbstentzündung" gingen erheblich zurück, während die Brandursache "Sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen" abermals einen Zuwachs verzeichnete. Auffällig sind in dieser Tabelle weiterhin die Abnahmen der Brandursachen bei "Vorsätzlicher" und bei "Kinderbrandstiftung", die im Jahr 1959 entscheidend zu der Gesamtschadenhöhe beigetragen hatten. Bei den Bränden in und an Gebäuden waren mit insgesamt 4 Mill. DM die Brandursachen "Elektrische Anlagen" und "Sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen" am häufigsten, während im Jahre 1959 das Schwergewicht mit 4 210 000 DM bei der "Vorsätzlichen Brandstiftung" lag.

Die Gesamtschadenhöhe ist ebenso wie die Zahl der Brände im Vergleich zum Vorjahre

abgesunken und betrug 1960 rund 13 Mill. DM gegenüber 20 Mill. DM im Jahre 1959. Die Schadenhöhe bei den Gebäuden gliedert sich auf in:

Gebäude der Landwirtschaft einschl. Gärtnerei	6 964 400 DM
Gebäude für Handel, Gewerbe und Industrie	3 967 000 DM
Wohnungsgebäude und Anstalten	1 813 600 DM.

Dipl.-Volksw. Gerhard G. Spielmann

Vergleiche auch: "Feuerwehr und Brandschäden 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 215 (September)

Quelle: Landesamt für Brandschutz Schleswig-Holstein

Der Güterverkehr auf den Eisenbahnen 1958

Die von den Verkehrsträgern im Bundesgebiet beförderte Gütermenge ist in den letzten Jahren bis 1957 laufend gewachsen. 1958 ist sie gegenüber dem Vorjahr wieder etwas zurückgegangen. An dem Anstieg der vorhergehenden Jahre waren die Eisenbahnen nicht in dem Maße beteiligt wie die übrigen Verkehrsträger, so daß ihr Anteil am gesamten Verkehrsaufkommen etwas zurückgegangen ist. Er betrug 1958 nur noch 57% der gesamten beförderten Gütermenge gegenüber 60% im Jahre 1954. An dieser Beförderungsleistung ist außer der Eisenbahn die Binnenschifffahrt und der Fernverkehr mit Lastkraftwagen beteiligt.

In einem ähnlichen Vergleich für Schleswig-Holstein müssen wegen seiner geographischen Lage andere Verkehrsträger berücksichtigt werden. Die Schifffahrt darf sich nicht auf die Binnenschifffahrt beschränken, da die Seeschifffahrt einen erheblichen Anteil an dem Gütertransport innerhalb der Bundesrepublik hat. Ihr Verkehr mit dem Ausland beschränkt sich im großen und ganzen auf die Verbindungen innerhalb Europas, konkurriert also auch mit anderen Verkehrsträgern. Nur für die gut 1 Mill. Tonnen Güter, die aus Übersee herangeführt werden, ist keine Konkurrenz mit den übrigen Verkehrsträgern möglich.

An der insgesamt transportierten Gütermenge ist die Eisenbahn mit 41% beteiligt. Sie befördert etwas über 9 Mill. Tonnen Güter. Das Bild wird aber etwas klarer, wenn man nach den beiden Verkehrsrichtungen unterteilt und den Verkehr innerhalb Schleswig-Holsteins besonders betrachtet, weil hier Versand gleich Empfang ist. Insgesamt wurden im Jahre 1958 innerhalb Schleswig-Holsteins gut 2 1/2 Mill. Tonnen Güter befördert. 56% hiervon entfielen auf die Eisenbahnen. Man muß bei der Beurteilung berücksichtigen, daß in dem ganzen Vergleich der Güternahverkehr fehlt. Bei einem so kleinen Land, wie es Schleswig-Holstein ist,

Anteil der Verkehrsträger an der beförderten Gütermenge 1958

Verkehrsträger	Gütermenge insgesamt		davon					
			Verkehr innerhalb Schleswig-Holsteins		Versand nach außerhalb Schleswig-Holsteins		Empfang von außerhalb Schleswig-Holsteins	
	in 1 000 t	in %	in 1 000 t	in %	in 1 000 t	in %	in 1 000 t	in %
Eisenbahn	9 190	41	1 491	56	2 057	31	5 643	43
Schifffahrt	9 350	42	263	10	3 282	49	5 805	45
Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen	3 847	17	916	34	1 378	20	1 554	12
Insgesamt	22 387	100	2 670	100	6 717	100	13 002	100

spielt er eine erhebliche Rolle. Die dem Güternahverkehr eingeräumte Entfernungzone von 50 Kilometern deckt von den meisten Plätzen aus etwa die halbe Gesamtfläche Schleswig-Holsteins. Hieraus sieht man, welche große Bedeutung der Nahverkehr innerhalb Schleswig-Holsteins und auch in der Verkehrsbeziehung mit Hamburg hat. Die Prozentzahlen der Tabelle sind also insoweit überhöht, da eigentlich ein angemessener Anteil für den Güternahverkehr abgezweigt werden müßte.

Im Versand nach außerhalb Schleswig-Holsteins ist der Anteil der Bahn wesentlich niedriger. Das ist dadurch zu erklären, daß hier die Schifffahrt besonders stark beteiligt ist. Ähnliches gilt auch für den Empfang, doch ist hier der Anteil der Bahn mit 43% recht beachtlich. Das Verhältnis von Versand zu Empfang ist bei der Bahn am ungünstigsten, am ausgeglichensten dagegen beim Straßenverkehr.

Im Gegensatz zu der Entwicklung im Bundesgebiet ist in Schleswig-Holstein schon seit 1957 ein Rückgang der beförderten Güter festzustellen. Hiervon wurde ausschließlich der Empfang betroffen, während die versandte Gütermenge sich auch weiterhin etwa auf der gleichen Höhe bewegte. Der Binnenverkehr innerhalb Schleswig-Holsteins hat sogar in den letzten Jahren noch etwas zugenommen.

Zwei Gütergruppen machen bereits über drei Fünftel der Gütermenge im Verkehr innerhalb des Landes aus. Es sind dies die beiden Gruppen "Mineralöle und Mineralölderivate" und "Dienstgut- und Militärverkehr". Im Dienstgut- und Militärverkehr wurden über 300 000 Tonnen Güter befördert. Es handelt sich hierbei überwiegend um Dienstgüter, und zwar um Transporte von Kohle oder Material für Gleisbauarbeiten. Diese Gütermengen sind je nach dem Bedürfnis verschieden hoch, so daß die Zahlen im Laufe der Jahre wesentliche Schwankungen aufweisen. Anders ist es mit den Transporten von Erdöl, Benzin und Dieselöl. Seit 1950 ist diese Gütermenge auf fast das Zehnfache gestiegen. Es sind hauptsächlich Lieferungen von Erdöl von den Bohrstellen innerhalb des Landes zu der Raffinerie in Heide und von Benzin und

Dieselöl von dort an die verschiedensten Verbraucher. Neben diesen Gütergruppen spielen im Binnenverkehr noch die Transporte von Zuckerrüben und Düngemitteln eine wesentliche Rolle.

Auch im Verkehr mit den Bereichen außerhalb des Landes stehen die beiden genannten Gruppen im Vordergrund, zu denen als dritte noch die Kohlen kommen. Diese drei Gruppen machen 41% des Versandes und 60% des Empfanges aus. Der Versand hält sich seit 1956 etwa auf gleicher Höhe. An erster Stelle stehen hier die Transporte von Holz, das über Lübeck eingeführt wird. Auch Eisen und Stahl spielen eine wesentliche Rolle. Hauptsächlich sind es Lieferungen von Roheisen und Schrott. Eine weitere wichtige Gruppe sind die pflanzlichen Rohstoffe zu Nahrungs- und Genußmitteln. Hier handelt es sich um Kartoffeln und Gemüse, daneben auch noch um Zuckerrüben. Auch die Lieferungen von Rohöl, Benzin und Dieseltreibstoff sind wichtig. Zu nennen sind auch noch die Lieferungen von Düngemitteln.

Der Empfang ist in den letzten zwei Jahren um etwa 1/2 Mill. Tonnen zurückgegangen. Dies ist in erster Linie auf den Rückgang der Kohlelieferungen zurückzuführen. Durch das Sinken der Frachtarten ist es möglich geworden, auf dem europäischen Markt amerikanische Kohle in stärkerem Maße einzuführen. Diese Konkurrenz hat zu einem Rückgang der Lieferungen an deutscher Kohle geführt. Daneben beginnt die Industrie sich in immer stärkerem Maße auf Öl umzustellen. So ist es charakteristisch, daß die Öllieferungen von Jahr zu Jahr weiter zugenommen haben. Ein gewisser Ausgleich in der Transportmenge ergab sich auch durch das Ansteigen der Brikettlieferungen aus der Sowjetzone. Neben den Dienstgütern machen die Düngemittel einen der größten Posten im Empfang aus. Außerdem sind noch die Lieferungen an Eisen und Stahl, Steinen und Erden und mineralischen Rohstoffen zu nennen.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Vergleiche auch: "Der Güterverkehr in Schleswig-Holstein auf den Eisenbahnen im Jahre 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 72 (März)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
			Monats-Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1000	2 598	2 299	2 302	2 304	2 306
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*Anzahl	1000	856 ^a	643	643	644	644
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28
Zugewanderte 2)										
*Anzahl	1000	134 ^a	153	153	154	154
in % der Wohnbevölkerung		5	7	7	7	7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ³⁾										
*Anzahl		2 078	1 812 ^b	2 263	3 106	1 558	2 093	2 224	3 205	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,6	9,5 ^b	11,6	15,9	8,2	11,0
Lebendgeborene 4)										
*Anzahl		3 448	3 140 ^b	3 302	3 077	3 374	3 339	3 311	3 373	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,9	16,4 ^b	16,9	15,7	17,8	17,5
Gestorbene 5) (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 059	2 299 ^b	1 912	2 052	1 896	2 349	2 062	2 175	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,5	12,0 ^b	9,8	10,5	10,0	12,3
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	96	88	86	82	92	101	91	...
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,1	2,7	2,8	2,4	2,8	3,1	2,7	...
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+1 389	+ 841 ^b	+1 390	+1 025	+1 478	+ 990	+1 249	+1 198	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 4,4 ^b	+ 7,1	+ 5,2	+ 7,8	+ 5,2
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		2 173	1 519 ^b	1 707	1 271	1 310
Zugewanderte		.	1 079 ^b	1 231	953	986
*Fortzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		9 662	1 543 ^b	1 542	1 447	1 368
Zugewanderte		.	729 ^b	747	633	816
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)										
darunter										
Vertriebene		-7 489	- 24 ^b	+ 165	- 176	- 58
Zugewanderte		.	+ 350 ^b	+ 484	+ 320	+ 170
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾										
Wanderungsfälle ⁶⁾										
Anzahl		31 221	22 501 ^b	22 413	19 229	19 918
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾		198	168 ^b	161	137	148
Umsiedler										
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	156	87	184	146	127	52	128	98
Baden-Württemberg		2 602	24	10	29	41	25	16	17	6
Rheinland-Pfalz		2 928	6	7	14	2	10	-	-	6
Hessen		238	9	4	11	9	-	-	-	-
Hamburg		41	134	88	110	113	247	68	116	119
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	774 ⁺	.	.	791	807	.	.	813
darunter *Männer	1000	429 ⁺	520 ⁺	.	.	530	537	.	.	540
*Arbeitslose										
Anzahl	1000	210	21	12	11	11	8	7	7	7
je 100 Arbeitnehmer		25,2	2,6	1,5	1,3	1,4	1,0	0,9	0,8	0,9
und zwar										
*Männer	1000	146 ^d	13	6	6	6	4	4	4	4
Vertriebene	1000	119 ^d	.	.	.	3	.	.	.	2

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte
a) am 13. 9. 1950 b) auf Normaljahr (365 Tage) umgerechnet c) ohne Anrechnungsfälle d) Vertriebene und Zugewanderte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^e	1 219 ^e	.	.	.	1 336	.	.	.
darunter *Milchkühe	1000	458 ^e	460 ^e	.	.	.	458	.	.	.
*Schweine	1000	1 031 ^e	1 414 ^e	.	.	1 424	1 473	.	.	1 677
darunter *Zuchtsauen	1000	107 ^e	154 ^e	.	.	154	173	.	.	181
darunter *trächtig	1000	68 ^e	97 ^e	.	.	97	113	.	.	111
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	18	15	19	24	11	17	21	27
*Kälber	1000 St	14	6	3	3	3	3	3	2	2
*Schweine	1000 St	45	90	74	86	73	87	98	97	93
darunter *Hausschlachtungen	1000 St	18 ^f	13 ^g	1	1	1	1	2	1	2
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾ (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	11,0	9,7	11,7	11,6	9,9	12,2	13,1	14,5
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,8	3,1	4,0	5,0	2,3	3,7	4,5	6,3
*Schweine	1000 t	2,6	6,8	6,3	7,3	6,2	7,3	8,2	8,3	7,9
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	217	207	207	214	215	213	216	232
*Kälber	kg	26	52	62	62	58	57	55	57	53
*Schweine	kg	98	87	86	86	86	85	85	86	87
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	146	161	138	104	193	173	147	110
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	11,7	10,1	7,8	14,0	12,1	10,3	8,0
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	89	92	91	88	92	92	91	89
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	168	169	171	172	174	174	176	176
darunter *Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	138	139	140	142	142	143	144	144
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 539	22 824	25 091	25 954	24 982	22 330	25 557	25 217
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	20,4	62,3	63,2	68,1	65,8	70,3	70,1	74,2	70,9
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	5,6	19,8	19,2	19,4	20,1	22,6	22,7	22,9	23,3
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	66	63	64	66	56	58	71	76
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 507	11 832	12 293	12 362	11 843	11 022	11 204	11 183
Heizölverbrauch	1000 t	.	46	42	44	45	47	46	48	47
*Stromverbrauch	Mill. kWh	30	83	80	85	86	86	84	89	89
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	11	22	20	21	21	20	21	21	20
*Umsatz ¹⁴⁾	Mill. DM	201	534	523	582	598	548	567	624	636
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	10	82	90	118	103	73	68	111	57
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	115 ^h	255	233	253	266	281	r 260	272	...
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		107	633	613	622	654	662	r 653	r 667	...
Industrie der Steine und Erden		111	236	284	267	284	298	288	291	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	147	147	158	163	147	153	r 172	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	139	77	124	169	186	86	147	...
Mineralölverarbeitung		117	1 030	1 094	1 119	1 081	1 308	1 228	1 210	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	994	967	921	1 010	1 161	r1 121	r1 162	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	104	102	110	120	130	r 115	r 111	...
papiererzeugenden Industrie		102	292	308	301	303	327	321	304	...
Schiffbaues		126	314	255	282	r 333	299	244	r 271	...
Maschinenbaues		134	259	207	255	r 270	291	483	r 295	...
elektrotechnischen Industrie		144	589	516	563	653	704	558	r 673	...
feinmechanischen und optischen Industrie		159	698	742	671	r 617	750	744	749	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		119	214	194	221	242	227	182	r 225	...
ledererzeugenden Industrie		97	91	73	76	90	93	72	94	...
Schuhindustrie		102	226	100	226	238	134	168	266	...
Textilindustrie		118	193	145	205	218	196	r 124	188	...
Bekleidungsindustrie		115	128	107	120	143	120	117	144	...
Fleischwarenindustrie		137	178	176	184	187	183	r 187	r 194	...
fischverarbeitenden Industrie		143	227	166	241	240	142	r 159	218	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	124	127	106	80	169	139	r 113	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	243	239	243	240	260	234	254	...
Bauproduktion		92	212	237	231	242	262	245	241	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

9) gewerbliche Schlachtungen 10) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren e) Dezember f) Winterhalbjahr 1950/51 = 35

g) Winterhalbjahr 1960/61 = 22 h) hier und bei allen folgenden Industriegruppen; 1951

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
OFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	66	131	121	137	129	88	85	112	119
*Stromverbrauch 15)	Mill. kWh	70	175	157	172	176	169	175	192	189
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mill. cbm	11	18	15	16	17	16	17	16	17
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17)										
*Beschäftigte		39 835	60 895	63 935	63 165	62 621	p62 456	p62 819	p62 769	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 296	10 621	10 638	10 677	p10 915	p10 533	p10 687	...
darunter *für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 170	4 619	4 710	4 625	p 4 648	p 4 413	p 4 463	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	8,5	27,5	31,7	32,0	32,0	p 36,3	p 36,4	p 37,0	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	0,5	1,8	1,8	1,8	1,8	p 2,4	p 2,2	p 2,2	...
*Umsatz	Mill. DM	24,3	87,9	102,2	104,9	100,6	p 110,8	p 118,5	p 117,2	...
Baugenehmigungen 18)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	1 056	1 217	1 416	1 158	1 064	1 460	1 164	1 547
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	311	343	368	279	389	285	353	732
Veranschlagte reine Baukosten 19)										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	22,2	82,4	97,8	102,5	84,2	83,6	102,6	114,8	137,7
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	16,9	58,2	71,8	77,7	63,3	70,4	83,6	79,1	85,7
*Umbauter Raum in allen Gebäuden 19)										
(ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	1 254	1 611	1 577	1 298	1 396	1 465	1 574	1 810
darunter *in Wohngebäuden	1000 cbm	536	818	989	1 117	892	932	1 064	1 031	1 103
*Wohnungen 20)		2 306	2 467	3 074	3 386	2 480	2 748	3 022	3 043	3 056
darunter *in ganzen Wohngebäuden		2 061	2 213	2 758	3 099	2 251	2 439	2 789	2 829	2 830
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	2 155	1 642	2 299	2 157	1 710	1 365	2 462	1 815
Wohnräume 22)		4 926	8 628	6 626	9 104	8 848	6 853	5 793	10 284	7 260
HANDEL										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1960=100	.	.	103	101	96	107	111	113	107
davon										
*Nahrungs- und Genussmittel		.	.	106	104	97	109	110	113	109
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	98	81	86	104	105	107	97
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	95	100	98	98	103	111	109
*Sonstige Waren		.	.	95	101	96	109	108	113	106
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	561	589	459	405	355	634	422	369
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 214	2 404	485	766	1 883	810	625	492
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	13 865	14 516	16 069	16 010	15 060	14 939	12 410	13 013
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	31 799	25 557	29 577	37 296	31 236	28 249	35 753	34 376
*Ausfuhr nach Warengruppen 23)	Mill. DM	7,2	99,5	83,1	148,8	91,1	91,0	89,2	114,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	0,7	7,8	7,2	7,5	9,4	4,8	4,8	5,0	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	6,5	91,7	75,9	141,3	81,7	86,3	84,4	109,2	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	0,2	2,8	3,2	2,5	2,8	3,1	3,3	3,6	...
*Halbwaren	Mill. DM	2,3	7,8	6,9	4,3	9,4	8,0	6,7	6,3	...
*Fertigwaren	Mill. DM	4,0	81,2	65,7	134,4	69,5	75,1	74,5	99,3	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	0,5	3,1	2,9	3,0	3,1	3,1	2,5	3,2	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	3,5	78,1	62,8	131,4	66,5	72,0	72,0	96,1	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 23)										
EWG-Länder	Mill. DM	1,5	16,4	12,4	26,2	14,4	14,8	15,7	12,1	...
darunter Italien	Mill. DM	0,2	3,8	3,1	5,0	4,8	5,0	4,5	3,2	...
Niederlande	Mill. DM	0,6	7,9	4,3	17,8	4,5	4,9	6,4	5,0	...
EFTA-Länder	Mill. DM	2,2	46,1	30,0	107,8	27,7	54,8	51,8	78,6	...
darunter Dänemark	Mill. DM	0,8	9,8	16,8	10,7	8,6	7,6	5,3	5,8	...
Großbritannien	Mill. DM	0,1	10,8	4,5	61,8	4,6	3,9	3,7	4,3	...
Norwegen	Mill. DM	0,3	14,6	1,0	28,3	1,6	33,3	32,6	58,4	...
Schweden	Mill. DM	0,6	5,8	3,1	2,6	6,6	3,9	3,4	3,6	...
VERKEHR										
Seeschifffahrt 24)										
Güterempfang	1000 t	141	485	492	573	513	574	r 637	580	...
Güterversand	1000 t	86	144	114	163	177	147	143	188	...
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	137	158	154	129	168	163	181	162
*Güterversand	1000 t	.	238	263	275	279	311	297	339	319

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude; ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 bis 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1961 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1960/61 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt			Jul	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.
noch: VERKEHR										
Nord-Ostsee-Kanal ²⁵⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	6 477	7 784	7 817	7 481	7 273	7 351	7 629	7 171
darunter deutsche	%	64,0	64,9	63,3	67,4	66,0	64,7	63,1	66,6	64,7
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	3 461	3 929	3 688	3 474	3 514	3 722	3 663	3 411
darunter deutscher Anteil	%	23,3	28,4	31,3	30,7	31,4	31,2	31,4	29,9	31,9
Güterverkehr	1000 t	2 492	4 804	5 474	5 221	5 052	5 010	5 177	5 165	5 028
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	31,2	34,1	33,2	33,8	33,7	33,6	31,2	32,9
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	2 436	2 447	2 331	2 305	2 395	2 232	2 327	2 224
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	2 369	3 027	2 890	2 746	2 615	2 945	2 838	2 804
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		1 244	3 807	3 424	3 490	3 725	4 731	3 588	3 884	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	159	210	163	110	219	151	98	...
*Personenkraftwagen		398	2 751	2 346	2 404	2 736	3 339	2 405	2 798	...
*Kombinationskraftwagen		.	177	162	134	102	272	255	186	...
*Lastkraftwagen		247	323	295	364	334	430	355	360	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		826	3 238	3 998	4 150	3 417	3 584	4 431	4 440	p3 774
davon										
*mit Personenschaden		417	1 099	1 439	1 438	1 328	1 234	1 335	1 370	p1 316
*nur mit Sachschaden		409	2 139	2 559	2 712	2 089	2 350	3 096	3 070	p2 458
*Getötete Personen ²⁶⁾		17	47	46	64	50	63	67	52	p 51
*Verletzte Personen		493	1 391	1 910	1 825	1 673	1 557	1 742	1 777	p1 682
Fremdenverkehr ²⁷⁾										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ⁱ	129 ⁱ	341	288	136	222	366	298	...
darunter *Auslandsgäste	1000	2 ⁱ	17 ⁱ	56	39	18	25	53	37	...
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ⁱ	815 ⁱ	2 920	2 772	835	1 489	3 230	2 947	...
darunter *Auslandsgäste	1000	5 ⁱ	34 ⁱ	121	89	37	50	118	87	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁸⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	741 ^j	4 212 ^j	3 987	4 016	4 040	4 655	4 711	4 727	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	441 ^j	1 265 ^j	1 198	1 187	1 196	1 458	1 439	1 396	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	428 ^j	1 259 ^j	1 195	1 181	1 192	1 454	1 434	1 391	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	299 ^j	2 947 ^j	2 789	2 829	2 843	3 197	3 272	3 330	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	263 ^j	2 542 ^j	2 395	2 433	2 445	2 766	2 839	2 895	...
*Einlagen von Nichtbanken ²⁸⁾	Mill. DM	408 ^j	2 773 ^j	2 591	2 670	2 648	2 921	2 928
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	277 ^j	1 239 ^j	1 178	1 238	1 200	1 295	1 294
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	231 ^j	981 ^j	946	978	954	1 024	1 037	1 064	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	131 ^j	1 534 ^j	1 413	1 432	1 448	1 626	1 634
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	94 ^j	1 025 ^j	946	958	970	1 087	1 093	1 099	1 107
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	9	.	74	68	62	74	88
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	7	.	59	49	46	60	80
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	7	7	5	2	6	5	10	5
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	1	-	2	1	2	3	-	2
Wechselproteste	Anzahl	682	746	797	798	768	725	741
	Wert	1000 DM	517	500	495	501	507	547
STEUERN ²⁹⁾										
*Landessteuern	1000 DM	14 273	45 229	33 581	33 803	74 091	80 578	43 385	42 025	88 235
darunter										
*Vermögenssteuer	1000 DM	268	1 782	235	3 818	587	469	561	4 002	1 806
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	4 717	4 771	4 472	4 718	5 237	5 291	5 140	5 308
*Biersteuer	1000 DM	248	506	567	663	602	551	610	703	684
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	111 073	108 866	105 820	127 187	135 072	118 186	114 208	139 873
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	35 573	37 476	36 047	38 308	39 192	41 106	40 401	41 742
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 204	1 359	1 304	1 328	1 205	1 471	1 368	1 491
*Zölle	1000 DM	1 381	8 380	8 426	9 799	7 213	7 953	8 346	9 585	7 868
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	46 722	47 814	46 798	44 924	48 236	48 889	47 498	47 011
darunter *Tabaksteuer	1000 DM	22 295	34 316	35 923	36 581	34 336	33 219	35 788	34 246	35 424
*Notopfer Berlin ³⁰⁾	1000 DM	951	73	50	95	72	67	28	13	- 22
außerdem *Lastenausgleichsabgaben ³¹⁾	1000 DM	5 569	6 396	3 193	8 593	1 596	2 614	2 176	8 816	1 851

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 27) ab Juni 1961 = vorläufige Zahlen 28) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 29) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr 30) ohne Abgabe auf Postsendungen 31) 1950: nur Soforthilfe-Abgaben i) 1950: Angaben aus 110 Berichtsgemeinden; für das Sommerhalbjahr 1950 Monats-Ø 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen (April bis September); ab 1955 Angaben aus 165 Berichtsgemeinden. Für das Sommerhalbjahr 1960 Monats-Ø 196 000 Fremdenmeldungen mit 1 430 000 Übernachtungen j) Stand: 31.12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ³²⁾	1000 DM	11 560	54 633	39 262	33 649	100979	109769	52 417	43 836	119 380
davon										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	19 241	23 480	22 237	25 880	22 365	31 818	30 871	30 578
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	25 473	13 864	8 686	55 650	62 667	16 890	9 733	60 434
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	541	577	1 027	450	1 344	1 173	1 717	222
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	9 377	1 342	1 700	18 999	23 393	2 535	1 515	28 146
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1000 DM	26 416 ⁺	73 945 ⁺	72 686 ^k	.	.	78 280 ^k
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 829 ⁺	6 407 ^k	.	.	7 178 ^k
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 837 ⁺	12 024 ^k	.	.	12 184 ^k
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	50 517 ⁺	49 707 ^k	.	.	54 009 ^k
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 762 ⁺	4 546 ^k	.	.	4 909 ^k
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	6 407 ⁺	6 143 ^k	.	.	6 440 ^k
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	98	98	97	97	93	93	93	92
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	132	130	130	131	132	131	p 130
Erzeugerpreise industrieller Produkte	1950=100	100	126	126	126	127	128	128	128	128
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	100 ^m	125 ⁿ	135	127	126	133	138	p 133	p 129
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	.	113	.	114	.	.	.	p 125	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51=100	100 ^m	133 ⁿ	132	133	132	135	133	134	p 134
Einzelhandelspreise ³³⁾	1950=100	100	113	114	112	112	115	116	116	116
Preisindex für die Lebenshaltung ³³⁾	1958=100	.	102,4	102,8	102,3	102,2	105,6	105,8	105,5	105,3
darunter										
Ernährung	.	102,4	104,4	100,9	100,0	105,5	105,6	104,6	103,6	103,6
Wohnung	.	108,7	105,2	113,4	114,5	117,6	118,4	118,5	119,0	119,0
Heizung und Beleuchtung	.	102,0	101,5	101,7	102,3	102,6	102,8	103,2	103,9	103,9
Bekleidung	.	101,5	101,4	101,5	101,7	103,9	104,0	103,9	104,3	104,3
Hausrat	.	98,6	98,0	98,2	98,9	100,6	100,8	101,0	101,7	101,7
LÖHNE UND GEHALTER ³⁴⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	133,62	.	136,93	.	.	.	150,07	.
darunter Facharbeiter	DM	68,90	141,99	.	145,80	.	.	.	159,34	.
*weiblich	DM	37,09	79,60	.	79,93	.	.	.	89,51	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	130,4	280,7	.	287,5	.	.	.	314,4	.
darunter Facharbeiter	Pf	139,8	297,6	.	305,0	.	.	.	332,9	.
*weiblich	Pf	80,8	181,7	.	182,9	.	.	.	204,7	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	49,2	47,6	.	47,6	.	.	.	47,7	.
*weiblich	Std.	45,9	43,8	.	43,7	.	.	.	43,7	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	.	45,0	.	43,9	.	.	.	44,2	.
*weiblich	Std.	.	41,7	.	40,5	.	.	.	40,8	.
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	675	.	673	.	.	.	745	.
*weiblich	DM	.	428	.	430	.	.	.	486	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	776	.	769	.	.	.	874	.
*weiblich	DM	.	453	.	451	.	.	.	514	.
im Handel ³⁶⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	616	.	621	.	.	.	683	.
*weiblich	DM	.	369	.	372	.	.	.	411	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	642	.	676	.	.	.	757	.
*weiblich	DM	.	.	.	288
in Industrie ³⁵⁾ und Handel ³⁶⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	633	.	636	.	.	.	702	.
*weiblich	DM	.	387	.	389	.	.	.	433	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	768	.	763	.	.	.	868	.
*weiblich	DM	.	447	.	444	.	.	.	508	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 32) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 33) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM und einem Haushalts-Nettoeinkommen von rund 600 DM monatlich nach den Verbrauchs- und Preisverhältnissen des Jahres 1958 34) Effektivverdienste; Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1960 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 35) einschl. Baugewerbe 36) Handel, Geld- und Versicherungswesen k) 1.4. - 30.6. m) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli-Juni) n) Wirtschaftsjahr 1960/61 (Juli - Juni)

Jahreszahlen A*

	Zeit 1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT													
Wohnbevölkerung	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269	2 284	2 299
darunter 2) Vertriebene													
in % der Wohnbevölkerung			35	34	31	30	28	28	28	28	28	28	28
Zugewanderte 2) in % der Wohnbevölkerung			4	4	5	6	6	6	6	6	6	6	7
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1000	+ 17	+ 13	+ 11	+ 10	+ 7	+ 7	+ 7	+ 7	+ 8	+ 11	+ 10
Wanderungsgewinn(+) bzw. -verlust(-)	JS	1000	- 108	- 84	- 73	- 90	- 49	- 34	- 13	+ 6	+ 3	+ 3	+ 9
Beschäftigte Arbeitnehmer 3)	30.9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757	772	770	791
darunter in den Wirtschaftsbereichen													
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72	56	54
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355	360	373
Handel und Verkehr	30.9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171	177	183
Arbeitslose	30.9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27	17	11
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4	2,2	1,4
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR													
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mai	1000	480	448	418	394	368	353	337	323	314	306	302
je 1 000 Einwohner	Mai		182	177	169	164	158	154	148	143	138	134	132
VOLKSEINKOMMEN													
Brutto-Inlandsprodukt 4)5)	JS	Mill. DM	3 866	4 461	5 029	5 313	5 627	6 238	6 879	7 612	8 429	9 073 ^a	9 666 ^a
je Einwohner		DM	1 488	1 781	2 062	2 246	2 441	2 747	3 054	3 371	3 715	3 972 ^a	4 204 ^a
LANDWIRTSCHAFT													
Viehbestand													
Pferde	3.12.	1000	167	148	134	122	107	99	87	80	72	58	46
Rinder	3.12.	1000	999	994	1 045	1 053	1 061	1 040	1 072	1 094	1 129	1 196	1 219
darunter Milchkühe	3.12.	1000	458	454	453	462	451	429	431	431	426	441	460
Schweine	3.12.	1000	1 031	1 122	1 122	1 036	1 196	1 184	1 210	1 298	1 279	1 328	1 414
Schafe	3.12.	1000	129	130	129	123	114	112	112	116	119	113	105
Hühner 6)	3.12.	1000	3 827	3 679	3 570	3 791	3 716	3 476	3 493	3 486	3 522	3 623	3 648
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 7)													
Rinder	JS	1000	164	203	188	240	250	253	229	280	293	295	341
Schweine	JS	1000	818	1 164	1 251	1 238	1 276	1 455	1 441	1 675	1 745	1 725	1 883
Milcherzeugung													
Kuhmilcherzeugung	JS	1000 t	1 562	1 607	1 544	1 673	1 648	1 577	1 586	1 662	1 699	1 682	1 750
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 546	3 468	3 712	3 634	3 554	3 711	3 857	3 946	3 951	3 965
INDUSTRIE 8													
Beschäftigte	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164	164	162	168
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73	72	71	73
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	301	334	378	424	488	534	581	638	659	747
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	80	92	103	117	134	156	173	197	210	238
Umsatz 9)	JS	Mill. DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744	6 053	6 407
darunter Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782	840	987
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	214	224	236	p 255
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN													
Baugenehmigungen													
Wohnungen	JS	1000	27,7	19,8	21,0	22,5	21,8	24,7	22,3	23,4	25,3	28,6	29,6
darunter in ganzen Wohngebäuden	JS	1000	24,7	17,4	18,6	20,4	19,5	22,2	19,8	20,9	22,5	25,8	26,6
Baufertigstellungen													
Wohnungen													
Anzahl	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4	25,3	25,9
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7	8,1	11,0	11,2
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	58,4	58,7	63,2	49,5	53,2	50,9
Wohnräume 10)													
Anzahl	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8	99,7	103,5
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3	32,0	43,5	44,8
Bestand an													
Wohnungen	31.12.	1000	461,4	483,2	500,6	520,2	539,0	564,2	585,5	605,9	623,4	647,1	671,2
Wohnräumen 10)	31.12.	1000	1 853	1 929	1 987	2 055	2 122	2 104	2 184	2 262	2 334	2 431	2 531

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit B 1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme 2) Definitionen siehe unter Tab. "Monats- und Vierteljahreszahlen" 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte 4) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt 5) generalbereinigte Werte 6) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 7) gewerbl. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandtes, ohne übergebietlichen Empfang 8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebereichterstattung) 9) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 10) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen a) vorläufige Ergebnisse

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung 1) am 30. 4. 1961	Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1. 1. 1961 bis 30. 6. 1961 in 1000 DM	Aufwand der öffentlichen Fürsorge 2) im Rj. 1960 in DM je Einw.	Arbeitslose am 30. 9. 1961			Industrie ³⁾	
				insgesamt	davon		Beschäftigte am 30. 9. 1961	Umsatz ⁴⁾ in Mill. DM im Sept. 1961
					männlich	weiblich		
Flensburg	98 304	7 952	26,14	416	259	157	7 407	19,3
Kiel	271 422	26 917	27,48	1 443	579	864	34 715	75,8
Lübeck	233 222	24 323	28,09	1 036	647	389	34 994	103,4
Neumünster	73 419	6 937	23,17	263	176	87	13 375	31,8
Eckernförde	65 241	2 995	26,32	155	79	76	1 799	3,9
Eiderstedt	18 890	1 321	22,62	46	21	25	350	1,9
Eutin	89 484	5 430	23,18	365	198	167	4 405	14,5
Flensburg-Land	64 894	2 301	19,29	161	96	65	842	2,7
Hzgt. Lauenburg	130 177	7 526	20,03	337	251	86	9 484	21,7
Husum	62 677	3 646	18,68	150	52	98	953	2,2
Norderdithmarschen	57 254	3 360	18,60	116	54	62	809	2,0
Oldenburg (Holstein)	79 347	4 427	18,65	316	188	128	1 317	4,2
Pinneberg	216 943	17 063	16,49	492	268	224	19 220	82,9
Plön	109 577	4 607	19,29	402	195	207	1 920	8,3
Rendsburg	156 971	9 201	19,45	434	240	194	10 049	56,7
Schleswig	98 194	5 028	21,74	129	81	48	4 185	21,4
Segeberg	93 861	4 363	17,16	86	59	27	4 861	17,8
Steinburg	122 894	10 007	20,56	202	148	54	10 073	39,5
Stormarn	144 346	10 230	16,69	315	202	113	8 857	82,1
Süderdithmarschen	71 790	5 005	20,90	72	42	30	5 039	39,7
Südtondern	60 057	4 426	18,60	109	35	74	1 022	3,7
Schleswig-Holstein	2 318 964	167 063	29,23	7 045	3 870	3 175	175 676	635,7

Kreisfreie Stadt Landkreis	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 3. Vj. 1961						Baufertigstellungen vom 1. 1. - 30. 9. 1961	
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude ⁵⁾		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden ⁵⁾		Wohnungen		Normalwohnungen	Normalwohnräume ⁶⁾
	insgesamt	darunter für Wohngebäude	insgesamt	darunter in Wohngebäuden	insgesamt	darunter in ganzen Wohngebäuden ⁵⁾		
	1 000 DM		1 000 cbm					
Flensburg	21 114	10 622	241	138	422	408	748	2 864
Kiel	32 363	17 977	384	227	690	649	916	3 592
Lübeck	19 000	15 005	264	182	756	733	1 355	5 176
Neumünster	9 627	6 383	135	87	256	239	393	1 497
Eckernförde	10 491	7 302	137	87	269	229	410	1 568
Eiderstedt	3 128	2 535	45	35	83	77	63	272
Eutin	7 161	6 459	108	94	242	235	277	1 213
Flensburg-Land	13 355	8 580	224	122	280	266	262	1 190
Hzgt. Lauenburg	16 230	13 212	263	189	592	538	703	2 662
Husum	6 129	4 022	87	59	120	108	168	685
Norderdithmarschen	6 288	4 700	93	63	166	143	265	1 200
Oldenburg (Holstein)	15 503	11 982	217	154	426	408	453	1 813
Pinneberg	60 931	50 661	785	603	1 615	1 544	2 164	8 475
Plön	10 975	8 777	166	121	359	321	637	2 684
Rendsburg	18 979	16 260	273	213	537	500	799	3 240
Schleswig	11 720	5 394	178	72	230	195	364	1 590
Segeberg	22 432	18 725	348	244	710	664	415	1 831
Steinburg	9 632	8 189	132	102	234	208	558	2 324
Stormarn	24 240	17 645	336	224	657	573	1 009	4 032
Süderdithmarschen	10 016	5 910	141	78	228	184	308	1 272
Südtondern	25 747	8 023	296	105	249	226	266	1 247
Schleswig-Holstein	355 061	248 363	4 853	3 199	9 121	8 448	12 533	50 427

1) Auf der Grundlage der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Nur als vorläufige Angabe zu verwenden, nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 überholt 2) einschl. Tbc-Hilfe 3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebereichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) Neubau und Wiederaufbau 6) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württbg.	Bayern	Saar- land
Bevölkerung												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ¹												
in 1000	31.3.1961	53 963	2 315	1 838	6 589	707	15 913	4 803	3 421	7 780	9 529	1 068
Veränderung in %												
31.3.1961 geg. VZ 1939	"	+ 34	+ 46	+ 7	+ 45	+ 26	+ 33	+ 38	+ 16	+ 42	+ 35	+ 20
31.3.1961 geg. 31.12.1950	"	+ 12	- 9	+ 16	- 2	+ 28	+ 22	+ 12	+ 15	+ 22	+ 5	+ 13
Bevölkerungsdichte ² , Einwohner je qkm												
	"	218	148	2 460	139	1 751	469	228	173	218	135	416
Unterricht, Bildung und Kultur³												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen												
in 1000	Mai 1960	6 453	302	186	827	85	1 866	567	432	887	1 164	138
je 1000 Einwohner	"	121	132	102	126	122	119	120	128	117	124	132
Arbeit												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴												
in 1000	30.6.1961	20 760	807	836	2 384	300	6 698	1 792	1 161	3 059	3 364	359
Arbeitslose												
in 1000	30.9.1961	95	7	4	15	5	28	6	4	4	20	2
je 100 Arbeitnehmer ⁵	"	0,5	0,9	0,5	0,6	1,8	0,4	0,3	0,3	0,1	0,6	0,5
Arbeitslose Vertriebene												
in % aller Arbeitslosen des betr. Landes	31.3.1961	16,6	28,4	7,4	23,3	8,6	8,8	16,7	8,1	13,9	18,2	5,6
Volkseinkommen												
Brutto-Inlandsprodukt												
in Mill. DM	1959 ⁶	248 420 ^a	9 073	15 441	26 945	4 508	82 312	21 976	12 309	36 657	39 198	.
	1960 ⁶	275 830 ^a	9 666	16 983	29 545	4 875	92 329	24 610	13 746	40 834	43 243	.
in DM je Einwohner	1959 ⁶	4 801 ^a	3 972	8 505	4 128	6 590	5 289	4 698	3 654	4 887	4 204	.
	1960 ⁶	5 271 ^a	4 204	9 282	4 506	6 988	5 865	5 192	4 051	5 343	4 585	.
Landwirtschaft												
Erzeugung von Kuhmilch												
in 1000 t	Aug. 1961	1 743	147	2	371	2	272	119	83	221	516	10
in kg je Kuh und Tag	"	9,7	10,3	10,1	11,7	11,6	10,8	9,4	8,0	8,1	9,0	9,5
Industrie												
Beschäftigte ⁷												
in 1000	30.6.1961	8 021	174	235	730	104	2 884	680	369	1 451	1 218	176
je 1000 Einwohner	"	149	75	128	111	147	181	142	108	187	128	164
Umsatz ⁷ in Mill. DM												
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	Juni 1961	23 136	548	1 060	2 432	381	8 772	1 822	977	3 766	2 986	391
	"	3 619	73	145	419	67	1 278	343	152	605	396	141
Produktionsindex ⁸												
(arbeitstäglich) 1950 = 100	"	275	282	245	303	252	.	330	311	298	289	.
Bauwirtschaft⁹ und Wohnungswesen												
Beschäftigte												
in 1000	30.6.1961	1 428	62	50	184	21	403	119	84	219	253	31
je 1000 Einwohner	"	26,5	27,0	27,4	28,0	30,4	25,3	24,8	24,5	28,2	26,6	29,0
Geleistete Arbeitsstunden												
in Mill.	Juni 1961	238	11	9	31	4	67	19	14	37	41	5
je Einwohner	"	4,4	4,7	4,6	4,7	5,2	4,2	4,0	4,0	4,8	4,4	4,8
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁰												
Anzahl	Aug. 1961	57 030	3 043	1 104	6 623	497	17 061	4 666	3 740	8 989	10 503	804
je 10 000 Einwohner	"	10,6	13,1	6,0	10,1	7,0	10,7	9,7	10,9	11,6	11,0	7,5
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)												
Anzahl	"	38 234	2 462	2 307	4 004	624	10 454	4 324	2 074	5 979	5 296	710
je 10 000 Einwohner	"	7,1	10,6	12,5	6,1	8,8	6,6	9,0	6,1	7,7	5,6	6,6
Ausfuhr												
Ausfuhr in Mill. DM ³												
	Juli 1961	4 217 ^b	89	157	337	66	1 492	382	177	731	453	158
Verkehr												
Strassenverkehrsunfälle ³												
Anzahl	2.Vj. 1961	245 537	9 902	14 142	26 293	3 924	75 135	24 220	14 783	33 472	39 797	3 869
je 10 000 Einwohner	"	46	43	77	40	56	47	50	43	43	42	36
Getötete Personen												
Anzahl	"	3 282	164	53	481	16	986	229	255	460	587	51
je 1000 Unfälle	"	13	17	4	18	4	13	9	17	14	15	13
Steuern												
Steueraufkommen in DM je Einwohner												
Landessteuern ¹¹	2.Vj. 1961	105	65	197	75	122	120	125	79	110	91	72
Bundessteuern ¹²	"	177	152	627	126	373	195	153	125	164	133	115
Gemeindesteuern	"	47	37	69	39	61	54	46	36	51	39	29
Geld und Kredit												
Bestand an Spareinlagen												
in DM je Einwohner	31.7.1961	966	706	1 350	894	1 087	1 038	951	834	990	917	884
Fürsorge												
Öffentliche Fürsorge ¹³												
Aufwand in DM je Einwohner	8j. 1960	22,11	26,72	32,01	20,80	31,50	26,25	22,69	15,73	17,97	18,14	18,49
Lfd. unterstützte Personen der off. Fürsorge												
je 1000 Einwohner	31.12.1960	15,7	22,4	16,8	15,9	22,2	18,9	16,1	12,5	12,4	11,9	12,8

1) Auf der Grundlage der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Nur als vorläufige Angabe zu verwenden, nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6.6.1961 überholt 2) Gebietsstand: 31.12.1950 3) vorläufige Zahlen 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) Beschäftigte und Arbeitslose 6) generalbereinigte Werte 7) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 8) Gesamtindex (ohne Bau) 9) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 10) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 11) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 12) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin 13) offene und geschlossene Fürsorge und Tbe-Hilfe ohne übrige Leistungen a) ohne Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Inhalt des lfd. Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Ausländer in Schleswig-Holstein	6/141
Bevölkerungsentwicklung 1958/59	1/9
Bevölkerungsbewegung	
Geburtenhäufigkeit und Fruchtbarkeit	10/238
• Geburten und Sterbefälle 1959	2/28
• Geschiedene Ehen 1959	2/30
• Wanderungen 1959	3/52
Gesundheitswesen	
Krankenanstalten 1959	9/213
• Todesursachen 1959	8/182
• Tuberkulose 1960	10/227
Unterricht, Bildung und Kultur	
Akademische Prüfungen	6/141
Begabungspotential, Inanspruchnahme des - (s)	3/55
Berufsschüler, Die -	7/168
Filmtheater	10/240
Landesberufsschulen	9/216
Medizinstudenten, Kieler -	2/46
Schulen, Allgemeinbildende - 1960	2/34
Turnen und Sport	1/24
Wahlen	
Bundestagswahlen	10/220
Erwerbstätigkeit	
Erwerbsquote, Schleswig-holsteinische -	4/76
• Erwerbstätigkeit	10/224
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Ackerland, Anbau auf dem - 1961	9/215
Arbeitskräftebestand in der Landwirtschaft	5/100
Baumschulen, Pflanzenbestände in -	3/70
Betriebe, Landwirtschaftliche -	4/78
Eierwirtschaft 1960	9/203
Gemüse, Ernte und Anbau von -	1/22
Milchwirtschaft 1960	7/162
Obsternte 1960	4/93
Schlepper in der Landwirtschaft	2/47
Viehbestände 1960	6/132
Vieh- und Fleischwirtschaft 1959/60	3/57
Zwischenfruchtanbau 1960	3/71
Unternehmungen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften	6/131
Industrie und Handwerk	
Auslandsumsatz der Industrie	5/119
Industriebeschäftigte	6/142
Produktion, Industrielle - 1959	2/36
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauwirtschaft 1960	4/90
Wohnungen, Die Qualität der -	10/230

Handel

Ausfuhr 1959	9/197
Berlin- und Interzonenhandel 1959	3/61
Konsumgenossenschaften 1959	2/48

Verkehr

Binnenschiffe in Schleswig-Holstein	8/172
Bundesbahn, Verkehr der -	7/167
Fremdenverkehr im Sommer 1960	10/235
Güterverkehr auf dem Wasserwege	7/148
Güterverkehr auf Eisenbahnen 1957	3/72
Reiseverkehr mit Skandinavien	5/109
Straßenverkehrsmittel, Öffentliche -	6/143
Straßenverkehrsunfälle 1959	4/84

Geld, Kredit und Versicherungswesen

Bauspargeschäft 1958 bis 1960	6/143
Boden- und Kommunalkreditinstitute	8/187
Grundstücks- und Schiffshypotheken	8/191
Kredite und Einlagen 1960	6/124
Spareinlagen 1950-1960	10/236
Zahlungsschwierigkeiten 1960	4/95

Öffentliche Sozialleistungen

Angestelltenversicherung	7/165
Anstaltsfürsorge	3/67
Jugendhilfe, Öffentliche -	1/4
Krankenversicherung, Soziale -	6/138
Kriegsopfer, Versorgungsberechtigte -	10/239
Lastenausgleich in Schleswig-Holstein	7/156
Schwerbeschädigte	4/94

Öffentliche Finanzen

Gewerbesteuer 1958	9/196
Schulen, Ausgaben für allgemeinbildende - 1959	1/20
Steueraufkommen in Schleswig-Holstein	7/151
Verschuldung, Öffentliche -	8/185
Verschuldung, Öffentliche - 1960	1/13

Preise

Gaststättenpreise 1959	5/115
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preise -	9/204

Löhne und Gehälter

Landarbeiterlöhne 1960	3/63
------------------------	------

Versorgung und Verbrauch

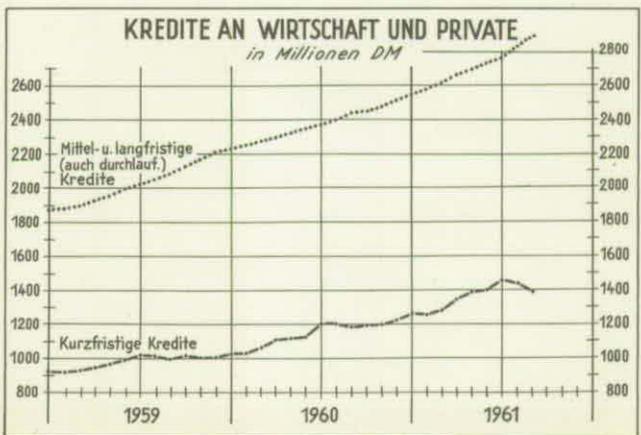
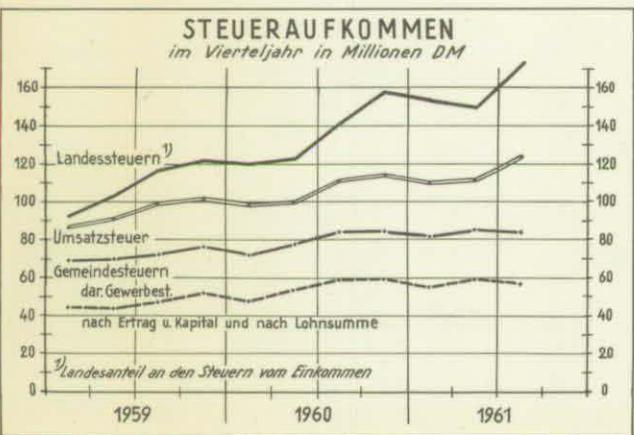
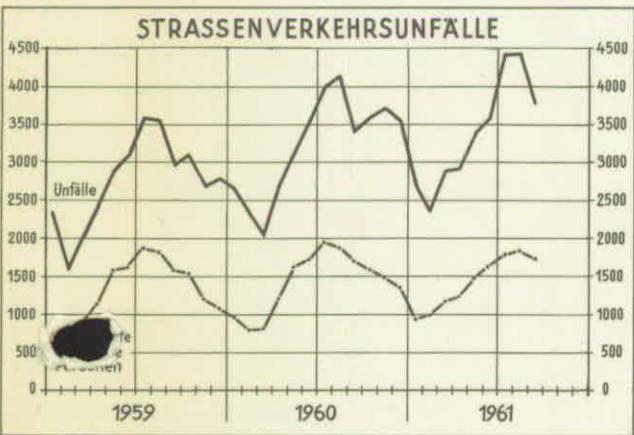
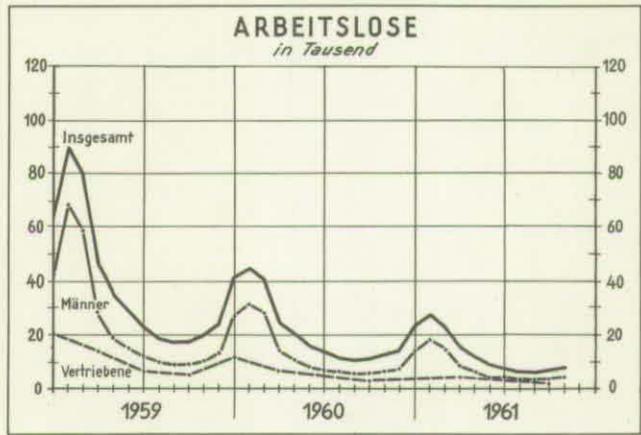
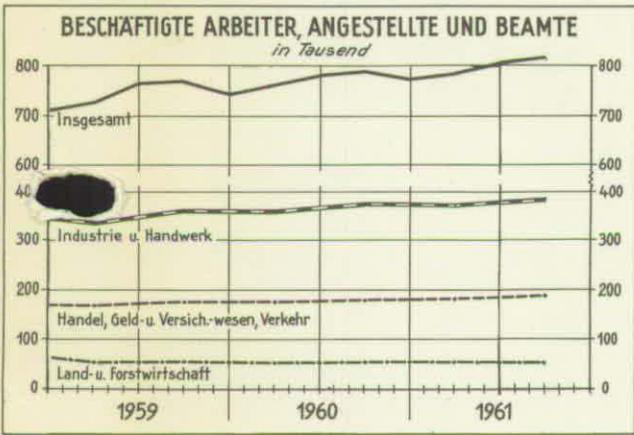
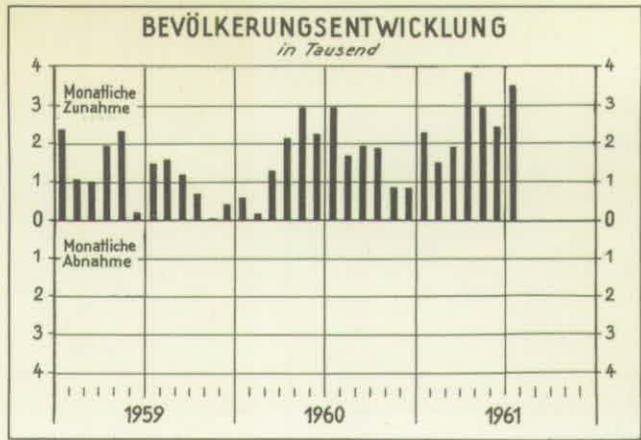
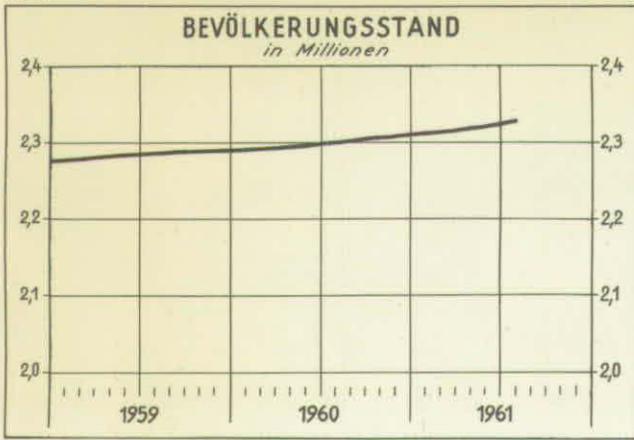
Verbrauch, Privater - 1959	2/39
----------------------------	------

Verschiedenes

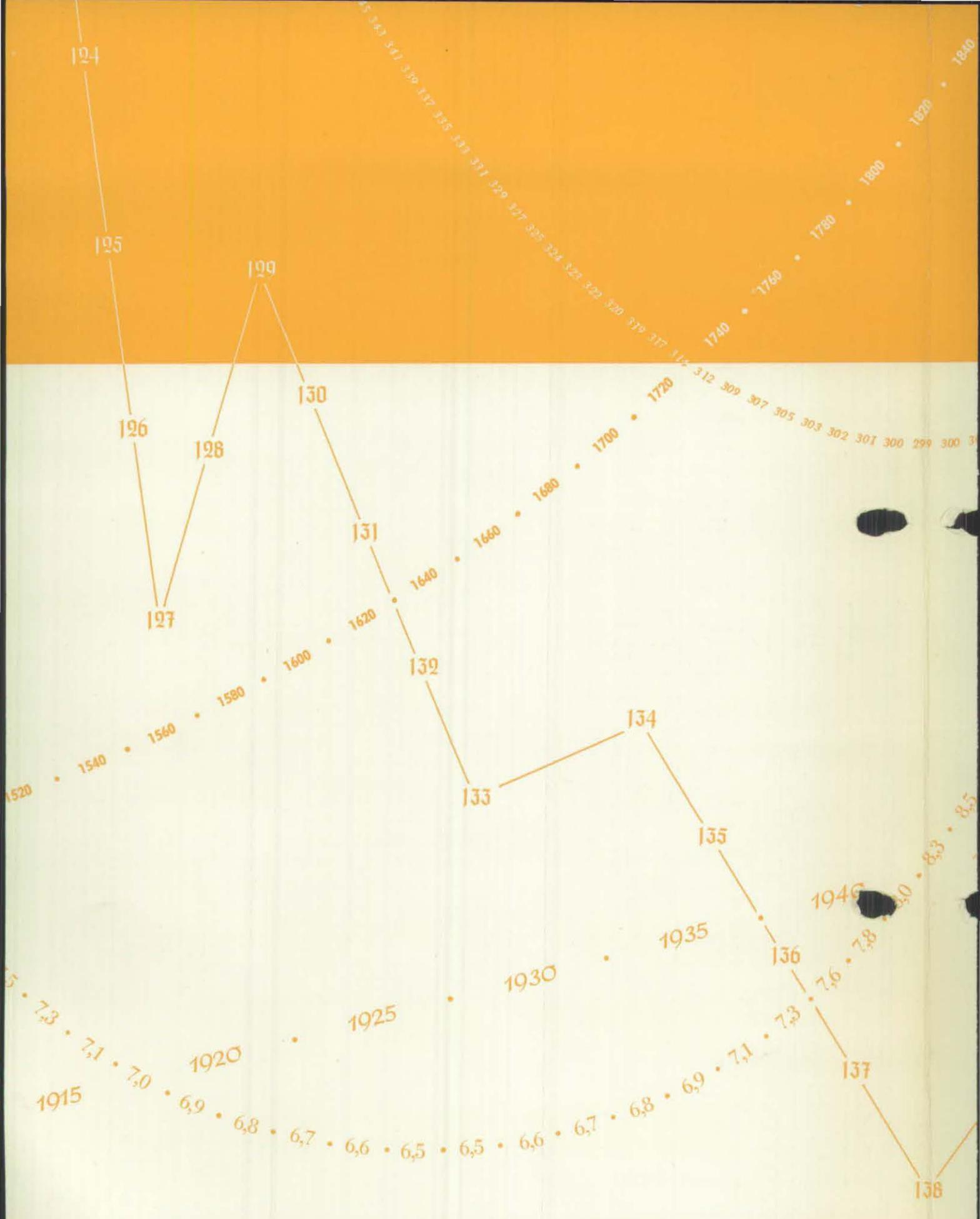
Vorausberechnungen, Stand der -	8/179
---------------------------------	-------

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A*

D-2899



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus Industrie und Handwerk: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie; Arbeitervdienste; Beschäftigte und Umsatz im Handwerk



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen